



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Distributive Gerechtigkeit und EU-Steuercompliance im
Kontext der EU-Transferzahlungen“

Verfasserin

Christina Helmelt

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Naturwissenschaften (Mag. rer. nat.)

Wien, 2013

Studienkennzahl:

A 298

Studienrichtung:

Psychologie

Betreuerin:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Martina Hartner-Tiefenthaler

Danksagung

„Dankeserklärungen und lobende Erwähnungen sind eine Sache der distributiven Gerechtigkeit, sie sind die Münze, mit der wir unsere intellektuellen Schulden begleichen.“ (Walzer, 1994, S.23)

An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei allen Personen bedanken, die mich während des Diplomarbeitsprozesses begleitet und unterstützt haben. Mein besonderer Dank gilt:

Dr. Martina Hartner-Tiefenthaler, für fachliche Unterstützung, Geduld und Verständnis während der Betreuung dieser Arbeit.

Nadia Boytcheva, meiner Kollegin, für die Zusammenarbeit bei der Erhebung der Daten.

Jana K. Srbijanko, der mutigen Forscherin, die mit ihrem Wissen maßgeblich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen hat.

Tina Li Schemmel, der ausdauernden Kämpferin, weil sie mich stets erinnert wo ich meinen Kopf finde, wenn ich ihn mal wieder verliere.

Dana Maier-Yang, der lebendigen Intellektuellen, für ein Coaching der besonderen Art und weil wir gemeinsam nie den Humor verlieren.

Hannes Mikula, dem vielseitigen Wissenschaftler in meiner Familie, für Ausdauer und Hilfestellung bei dieser Arbeit, Förderung, Motivation und viele bestärkende Worte.

Mika Helm, meiner Schwester, der Konstante in meinem Leben, deren Zielstrebigkeit mir Vorbild ist, für Verlässlichkeit an allen Tagen.

Johannes und Elisabeth Helm, meinen Eltern, weil mein Zuhause immer ein freier Raum war und sie stets auf meine Entscheidungen und Fähigkeiten vertrauen.

Inhaltsverzeichnis

I.	EINLEITUNG	1
II.	THEORETISCHER TEIL	5
1	Steuern und Steuercompliance	6
1.1	Steuern	6
1.2	Steuercompliance	7
1.3	Möglichkeiten der Non-Compliance	8
1.4	Ansätze der Steuerforschung	9
1.5	Sozialpsychologische Einflussfaktoren der Steuercompliance	10
1.5.1	Steuermoral	11
1.5.2	Soziale Normen	12
1.5.3	Altruismus und Reziprozität	13
1.5.4	Gerechtigkeit	14
2	Distributive Gerechtigkeit	16
2.1	Theoretische Standpunkte	17
2.1.1	Equity Ansatz	17
2.1.2	Mehrprinzipienansätze	18
2.2	Konzepte distributiver Gerechtigkeit im Steuerkontext	18
2.3	Soziale Kategorisierung im Kontext von distributiver Gerechtigkeit und Steuerforschung	20
2.4	Das Modell des legitimen Anspruchs auf Basis sozialer Kategorisierungsprozesse	23
3	Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeit und Steuercompliance	27

III. EMPIRISCHER TEIL	31
4 Forschungsfragen und Ziel der Untersuchung	32
5 Methode	32
5.1 Vortest	33
5.1.1 Beschreibung des Vortests	33
5.1.2 Stichprobe im Vortest	34
5.1.3 Ergebnisse des Vortests	35
5.2 Hypothesen	37
5.2.1 Unterschiede in der Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit der EU- Transferzahlungen	37
5.2.2 Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung und Bereitschaft zur kollektiven bzw. individuellen EU-Steuercompliance	37
5.3 Material und Entwicklung des Hauptfragebogens	39
5.4 Durchführung der Hauptuntersuchung	42
5.5 Stichprobe	43
6 Ergebnisse	46
6.1 Deskriptive Daten	46
6.2 Skalenbildung	47
6.3 Hypothesenprüfung	50
6.3.1 Manipulationscheck	50
6.3.2 Unterschiede in der Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit	50
6.3.3 Zusammenhang zwischen Gerechtigkeitswahrnehmung und kollektiver bzw. individueller EU-Steuercompliance	51

7 Explorative Datenanalyse	53
7.1 Unterschiede in der EU-Steuercompliance	53
7.2 Prototypikalität	54
 IV. ZUSAMMENFASSUNG UND DISKUSSION	 61
 V. LITERATURVERZEICHNIS	 67
 VI. ANHANG	 I
Anhang A: Kurzfassung & Abstract	II
Anhang B: Screenshots Fragebogen - Vortest	VI
Anhang C: Screenshots - Fragebogen	XX
Anhang D: Eckdaten: Österreich, Schweden und Rumänien in der EU	XXXII
Anhang E: Erklärung	XXXIII
Anhang F: Lebenslauf	XXXIV

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Skala Prototypikalität am Beispiel Österreich im Vortest	34
Tabelle 2: Faktorladungen - Prototypikalität im Vortest	36
Tabelle 3: Reliabilitäten und deskriptive Statistik - Prototypikalität im Vortest	36
Tabelle 4: Items – Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit	39
Tabelle 5: Items – Kollektive und individuelle EU-Steuercompliance	40
Tabelle 6: Items – Prototypikalität	41
Tabelle 7: Beschreibung der Stichprobe	45
Tabelle 8: Deskriptive Daten – Distributive Gerechtigkeit und EU-Steuercompliance	46
Tabelle 9: Faktorladungen - Distributive Gerechtigkeit	47
Tabelle 10: Faktorladungen - Kollektive EU-Steuercompliance	47
Tabelle 11: Faktorladungen - Individuelle EU-Steuercompliance	48
Tabelle 12: Faktorladungen – Prototypikalität	48
Tabelle 13: Reliabilitäten und deskriptive Statistik der Skalen	49
Tabelle 14: Korrelationen der Skalen	49
Tabelle 15: Hierarchische Regressionsanalyse – Kollektive EU-Steuercompliance bei Bezug auf Schweden	57
Tabelle 16: Hierarchische Regressionsanalyse – Individuelle EU-Steuercompliance bei Bezug auf Schweden	57
Tabelle 17: Hierarchische Regressionsanalyse – Kollektive EU-Steuercompliance bei Bezug auf Rumänien	59
Tabelle 18: Hierarchische Regressionsanalyse – Individuelle EU-Steuercompliance bei Bezug auf Rumänien	59

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Wenzels Vergleichsebenen	22
---------------------------------------	----

Abkürzungen

AUT: Österreich

BE: Belgien

DK: Dänemark

ES: Spanien

FI: Finnland

GB: Großbritannien

GR: Griechenland

IE: Irland

M: Mittelwert

Md: Median

N: Stichprobengröße

NL: Niederlande

PL: Polen

SD: Standardabweichung

SE: Schweden

I. Einleitung

Die Europäische Union (EU) hat als wirtschaftliche und politische Zusammenkunft in den letzten Jahren eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Vertiefung erfahren. Was 1958 als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zwischen sechs Ländern begann, entwickelte sich im Laufe der Jahrzehnte zu einem Staatenbund von derzeit 27 Ländern. Die EU ist heute nicht mehr nur ein Wirtschaftsbündnis, sondern auch eine soziopolitische Gemeinschaft mit dem Ziel Frieden, Wohlstand und Stabilität zu sichern (Offizielle Homepage der Europäischen Union, 2013).

Die Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die EU wurde nicht nur als Anerkennung, sondern auch als Auftrag verstanden, soziale und politische Missstände auszugleichen. Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise wurde die Idee eines vereinten Europas seitens Politik, Medien und EU-Bürger/innen immer wieder in Frage gestellt. Die Stabilität des Euro, die Brüsseler EU-Bürokratie oder die zu große ökonomische und kulturelle Heterogenität der Mitgliedsländer werden häufig diskutiert. Als einer der Hauptkritikpunkte wird im Volksmund und seitens der Medien immer wieder der wenig transparente und teils als ungerecht wahrgenommene Umgang mit EU-Geldern vorgebracht (F.A.Z., 2012a, b).

Die Europäische Union verfügte 2011 über einen Jahreshaushalt von 142 Milliarden Euro, was etwa einem Prozent des wirtschaftlichen Wohlstands entspricht, der jährlich von den EU-Ländern erwirtschaftet wird. Ihre Einnahmen bezieht die EU aus Einfuhrzöllen auf Waren aus Nicht-EU-Ländern, einem bestimmten Prozentsatz der Mehrwertsteuer und zum großen Teil aus Beiträgen der Mitgliedsstaaten. Über unterschiedliche Programme und Subventionen fließt ein Teil dieser Beiträge wieder

zurück in das Budget der einzelnen Mitgliedsländer (Offizielle Homepage der Europäischen Union, 2013).

In Anbetracht dieses finanziellen Austausches zwischen der EU und ihren Beitragsländern kann zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern unterschieden werden. Nettozahler leisten einen höheren Beitrag an die EU als sie von dieser zurückerhalten. Nettoempfänger bekommen mehr finanzielle Zuwendungen von der EU, als sie an diese abgeben (Wagener & Eger, 2009). Die öffentliche Meinung über die Bewertung der Europapolitik basiert dabei oft auf der Position eines Landes als Nettozahler bzw. Nettoempfänger. Diskussionen über das EU-Budget und dessen gerechte Verteilung münden seitens der Bevölkerung häufig in einer Nettozahlerdebatte (Feld & Schnellenbach, 2007).

Die Beiträge der einzelnen Länder werden derzeit auf nationaler Ebene abgeführt. Im Zuge des laufenden Integrationsprozesses könnte eine individuelle EU-Steuer, als Teil der Lohn- und Einkommensteuer der EU-Bürger/innen, Realität werden (F.A.Z., 2012c). Die Bereitschaft der einzelnen EU-Bürger/innen ihren Beitrag an die EU zu leisten, ist für den Erfolg der Einführung einer individuellen EU-Steuer wesentlich. Dabei spielt die Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit eine wichtige Rolle (Hartner, Rechberger, Kirchler & Wenzel, 2011).

Die Bewertung der Gerechtigkeit der EU-Transferzahlungen ist seitens der Bürger/innen oft von nationalen Interessen abhängig. Eine Nettozahlerposition wird deshalb oft als ungerecht empfunden (Wagener & Eger, 2009).

Ob der Status eines EU-Landes als Nettozahler oder Nettoempfänger die Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit und in weiterer Folge die EU-

Steuercompliance beeinflusst, ist Forschungsgegenstand der vorliegenden Arbeit. Im theoretischen Teil werden die Konstrukte Steuercompliance und distributive Gerechtigkeit definiert und erörtert, bevor ihr Zusammenhang beschrieben wird. Die zentrale Forschungsfrage ist, ob sich durch die Bezugnahme auf einen positiv konnotierten Nettozahler bzw. einen negativ konnotierten Nettoempfänger Unterschiede in der Gerechtigkeitswahrnehmung und in weiterer Folge der EU-Steuercompliance feststellen lassen. Dies soll im empirischen Teil anhand einer Fragebogenstudie überprüft werden. Im Anschluss werden die Ergebnisse dargestellt und diskutiert.

II. Theoretischer Teil

1 Steuern und Steuercompliance

1.1 Steuern

Die Geschichte der Steuern lässt sich weit zurückverfolgen. Wo Arbeit, Güter und Ressourcen geteilt werden, sind gemeinschaftliche Abgaben bedeutendes Thema.

Als Steuern werden heute Geldleistungen verstanden, die „keine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen, und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen, allen auferlegt werden, je nach gesetzlich normierter Leistungspflicht“ (Bundeszentrale für politische Bildung, 2013).

Staaten finanzieren sich durch Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben, wobei „alle Bürger/innen die Pflicht haben, im Rahmen der vom Parlament beschlossenen Gesetze ihren Anteil zur Finanzierung öffentlicher Leistungen beizutragen – auch dann, wenn sie nicht unmittelbar selbst in den Genuss der Leistungen kommen oder kommen wollen“ (Bundesministerium für Finanzen, 2012).

Staatlich finanzierte Leistungen können sowohl dem/der Einzelnen, als auch der Gesellschaft zu Gute kommen. Steuerverhalten basiert demnach immer auf einem Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft. Ökonomisch gesehen befinden sich Steuerzahler/innen in einem sozialen Dilemma. Während der/die Einzelne davon profitiert, Steuern nicht zu bezahlen, entsteht für alle ein Nachteil, würde die Mehrheit der Bürger/innen der Begleichung der Steuerlast nicht nachkommen (Kirchler, 2003).

Als wahrscheinlich neutralste Umschreibung von Steuerzahlbereitschaft bezeichnet Kirchler (2007) den Begriff der Steuercompliance. Dieser soll im Folgenden erörtert werden.

1.2 Steuercompliance

Steuercompliance kann im Allgemeinen als Bereitschaft verstanden werden, mit dem Staat und seinen Institutionen zusammenzuarbeiten. Im Speziellen beschreibt der Begriff den Willen, Steuern ordnungsgemäß abzuführen (Hofmann, Hoelzl & Kirchler, 2008), bzw. die Bereitschaft der Steuerzahler/innen das Steuergesetz zu befolgen (James & Alley, 2002).

Im EU-Kontext kann zwischen individueller und kollektiver Steuercompliance unterschieden werden. Kollektive Steuercompliance beschreibt die Bereitschaft Steuern auf nationaler Ebene zu bezahlen. Individuelle Steuercompliance meint die Bereitschaft Steuern direkt, als Teil der Lohn- und Einkommensteuer, abzuführen (Hartner et al., 2011).

McBarnet (2001) unterschied zwischen engagierter Steuercompliance, kapitulativer Steuercompliance, kreativer Steuercompliance und Non-Compliance. Bei *engagierter Steuercompliance* bezahlen Steuerzahler/innen ihre Steuern bereitwillig wohingegen bei *kapitulativer Steuercompliance* die Steuerlast nur widerwillig beglichen wird. *Kreative Steuercompliance* wird als eine Form der legalen Steuerflucht verstanden. Im Rahmen der gesetzlich vorhandenen Möglichkeiten, werden Steuern reduziert bzw. vermieden. Steuerzahler/innen finden, im Rahmen dieses Konzeptes also einen legalen Weg, sich den Steuergesetzen zu widersetzen.

Steuercompliance kann auch als Kontinuum-Konzept verstanden werden, welches von freiwilliger Steuercompliance, über legale Möglichkeiten der Non-Compliance, bis zu Steuerhinterziehung reicht (James & Alley, 2002).

1.3 Möglichkeiten der Non-Compliance

Es werden drei Möglichkeiten der Non-Compliance unterschieden, mittels derer die Steuerbelastung reduziert werden kann: Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerflucht (Kirchler, 2007). Aus makroökonomischer Sicht sind die Folgen dieser Möglichkeiten ähnlich: Die Einkünfte des Staates sinken.

Steuerhinterziehung impliziert gesetzeswidriges Verhalten (Kirchler & Maciejovsky, 2002). Beispielweise kann hier die Angabe eines geringeren Einkommens oder eines höheren Steuerabzuges genannt werden.

Steuervermeidung entspricht der, in 1.2. beschriebenen, kreativen Steuercompliance. Dabei wird versucht, Steuern auf legalem Weg zu minimieren, indem Gesetzlücken oder Grauzonen genutzt werden (Kirchler et al., 2003). Eine klare Differenzierung der beiden Termini, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung, gelingt aufgrund der unpräzisen Gesetzeslage nicht immer (Wenzel, 2002).

Steuerflucht bezieht sich auf die Verlagerung bzw. Standortveränderung von Firmen und/oder betrieblichen Angelegenheiten aufgrund besserer steuerlicher Bedingungen (Kirchler, Maciejovsky & Schneider, 2003). Obwohl lediglich Steuerhinterziehung als illegales Verhalten gilt, widersprechen alle drei Formen der Steuerreduktion der Idee der Gesetzgebung und werden deshalb auch als Formen der Non-Compliance angeführt (Wenzel, 2002; James & Alley, 2002). Das Ausmaß der Non-Compliance kann mittels *tax-gap* berechnet werden. Darunter versteht man die Differenz

zwischen tatsächlich kassierten Steuern und dem Betrag, welcher sich bei voller Steuercompliance ergeben würde (James & Alley, 2002).

Auf individueller Ebene führen alle drei Möglichkeiten der Non-Compliance zu Verminderung von Steuerlast (Kirchler et al., 2003). Motive und Beweggründe der Steuerzahler/innen lassen sich jedoch nicht nur auf ökonomische und rationale Prinzipien zurückführen. Eine Reihe von sozialpsychologischen Perspektiven spielen dabei eine wesentliche Rolle (Kirchler, 2007). Nachstehend sollen ökonomische und sozialpsychologische Ansätze der Steuerforschung beschrieben werden.

1.4 Ansätze der Steuerforschung

In den frühen ökonomischen Ansätzen der Steuerforschung wurde ein neoklassizistisches Paradigma postuliert, das Steuerzahler/innen als rational denkende, nutzenmaximierende Akteure und Akteurinnen darstellt (Torgler & Alm, 2011). In den 70er Jahren haben Allingham und Sandmo (1972) ein Modell entwickelt, welches davon ausgeht, dass das Ausmaß der Steuerhinterziehung mit der Wahrscheinlichkeit von Kontrolle und dem Ausmaß der Bestrafung korreliert. Dieses Modell verdeutlicht, dass Steuercompliance den ökonomischen Ansätzen zufolge ausschließlich auf extern bedingte Faktoren zurückgeführt wurde (Kirchler & Maciejovsky, 2002). Heute wird diese Sicht aufgrund ihrer Einseitigkeit kritisiert (Torgler & Schneider, 2007). Im Rahmen von sozialpsychologischen Ansätzen der Steuerforschung konnte gezeigt werden, dass Steuercompliance auch von einer Reihe internaler Variablen, wie z. B. Motivation zur Kooperation, Normen oder

moralischen Werten, abhängig ist (Kirchler & Maciejovsky, 2002; Trivedi, Shehata & Mestelman, 2005; Kirchler, 2007; Hofmann et al., 2008; Torgler & Alm, 2011). Im Folgenden sollen sozialpsychologische Einflussfaktoren der Steuercompliance dargestellt werden.

„Das Verhalten des Menschen gehorcht psychologischen, nicht sogenannten ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, die nur die äußerlichen Erscheinungsformen vieler Zusammenhänge erkennen lassen, welche letztlich im Seelischen wurzeln“ (Schmölders, 1975, S.5).

1.5 Sozialpsychologische Einflussfaktoren der Steuercompliance

Torgler und Alm (2011) argumentierten, dass Steuerverhalten von einer Vielzahl an sozialpsychologischen Faktoren abhängig ist, deren Basis moralische Aspekte, sozialen Normen, Altruismus und Gerechtigkeit bilden. Diese Parameter bezeichnen sie als ethische Aspekte, welche in Abhängigkeit des Einzelnen variieren und das Steuerverhalten, neben Nachweis und Bestrafung von Steuervergehen, maßgeblich beeinflussen. Die genannten grundlegenden Faktoren des Begriffes der „Ethik“ nach Torgler und Alm (2011) bilden den Rahmen, um im Folgenden sozialpsychologische Einflussfaktoren auf das Steuerverhalten zu beschreiben.

1.5.1 Steuermoral

Schmölders (1975) bezeichnete mit Steuermoral die Einstellung eines Individuums zu Steuervergehen. Das aus dieser moralischen Haltung resultierende Verhalten in Bezug auf Steuercompliance bzw. Non-Compliance, definierte er als Steuerdisziplin. Sowohl Steuermoral, als auch Steuerdisziplin, sind bestimmt durch die Steuermentalität, „der allgemein herrschenden Attitüde oder Einstellung zur Steuer und zur Besteuerung schlechthin“ (Schmölders, 1975, S.102). Nach Torgler und Schneider (2007) kann Steuermoral als die moralische Verpflichtung der Steuerzahler/innen verstanden werden, einen Beitrag an die Gesellschaft zu leisten. Beiden Definitionen der Steuermoral ist gemein, dass sie nicht individuelles Verhalten an sich, sondern lediglich eine individuelle Einstellung beschreiben. Die Bereitschaft, Steuern abzuführen beruht demnach auf der Annahme des Einzelnen, die bürgerliche Pflicht zu erfüllen.

Kirchler (2007) beschreibt Steuermoral als die kollektive, intrinsische Motivation Steuern bereitwillig zu zahlen und postuliert des Weiteren, dass hohe moralische Standards mit Steuercompliance korrelieren. Nach Braithwaite und Ahmed (2005) erlaubt das Konzept der Steuermoral Aussagen darüber, wie das Steuersystem seitens der Steuerzahler/innen wahrgenommen wird. Die Förderung der Steuermoral zur Erhöhung der Steuercompliance der einzelnen Bürger/innen ist somit naheliegend (Braithwaite & Ahmed, 2005).

Ethisches Steuerverhalten baut auf moralischem Bewusstsein auf und wird durch die Interaktion mit Anderen sowie soziale und gesellschaftliche Werte beeinflusst.

Demnach ergibt sich eine beträchtliche Überschneidung zwischen der moralischen Haltung gegenüber Steuerverhalten und sozialen Normen (Kirchler, 2007).

1.5.2 Soziale Normen

Menschliches Verhalten basiert auf den ethischen Standards einer Gesellschaft und dem Bewusstsein über soziale Normen, welche das Verhalten in einer Gruppe beeinflussen und regulieren (Hofmann et al., 2008).

Sigala, Burgoyne und Webley (1999) postulierten, dass Steuerverhalten auf dynamischen Lernprozessen beruht, die innerhalb eines bestimmten sozialen Kontexts stattfinden. In Folge definierten sie soziale Normen als einen der wichtigsten Prädiktoren für Steuercompliance. Alm, McClelland und Schulze (1999) gingen davon aus, dass soziale Normen Verhaltensmuster repräsentieren, welche von einer relevanten Gruppe ähnlich bewertet werden. Sie basieren demnach auf einem gemeinsamen Standard innerhalb einer sozialen Gruppe, zum Beispiel der Familie oder dem Freundeskreis. Die Aufrechterhaltung der Normen ist abhängig von der positiven bzw. negativen Bewertung durch Andere. Wird es in einer Gruppe als angemessen bewertet und geachtet, Steuern ordnungsgemäß abzuführen kann sich dieses Verhalten als soziale Norm etablieren und somit die Steuercompliance erhöhen. Werden umgekehrt Steuervergehen als Kavaliersdelikte angesehen oder sogar toleriert, sinkt die Bereitschaft, Steuern zu zahlen.

In Bezug auf die Selbstkategorisierungstheorie (Turner, Hogg, Oakes, Reicher & Wetherell, 1987), welche in 2.3 näher ausgeführt wird, beschrieb Wenzel (2004a) darüber hinaus einen komplexeren Zusammenhang zwischen sozialen Normen und

Steuercompliance: Soziale Normen steigern kongruentes Verhalten, wenn die Identifikation mit den Mitgliedern der Referenzgruppe hoch ist und diese als Teil der eigenen Selbstkategorie wahrgenommen werden. Ist die Identifikation jedoch gering und werden die Anderen nicht als Teil der eigenen Selbstkategorie wahrgenommen, spielt die soziale Norm keine tragende Rolle (Wenzel, 2004a).

Neben sozialen Normen spielen auch gesellschaftliche und persönliche Normen eine Rolle. Gesellschaftliche Normen entsprechen einem kulturellen Standard, während letztere einzelne Personen betreffen und von deren charakteristischen Eigenschaften abhängig sind. Sie definieren sich als internale Verhaltensstandards, wie zum Beispiel die persönliche Tendenz, altruistisch zu handeln (Kirchler, 2007).

1.5.3 Altruismus und Reziprozität

In der sozialpsychologischen Forschung werden „jene Verhaltensweisen als altruistisch bezeichnet, die hauptsächlich dadurch motiviert sind, dem Interaktionspartner nützen zu wollen“ (Herkner, 2001, S.425). Evolutionstheoretiker definierten Altruismus hingegen als „Verhalten, bei dem ein Organismus einem anderen Organismus Ressourcen zur Verfügung stellt, ohne dafür (zumindest unmittelbar) materielle Ressourcen zurückzuerhalten“ (Fetchenhauer & Bierhoff, 2004, S.132). Im Steuerkontext spielt vor allem das Konzept des reziproken Altruismus eine Rolle. „Die Theorie des reziproken Altruismus besagt im Wesentlichen, dass Menschen bereit sind, anderen zu helfen, wenn und insofern sie die Erwartung haben, dass diese Hilfeleistung in der Zukunft durch den Hilfeempfänger kompensiert werden wird“ (Trivers, 1971 zitiert nach Fetchenhauer

und Bierhoff, 2004, S.134). Reziprozität wird als Voraussetzung für die Zusammenarbeit mit Anderen angesehen und ermöglicht, neben besserem Verständnis altruistischen Handelns auch dessen Vorhersage (Gintis, Bowles, Boyd & Fehr, 2003; 2005). Gintis et al. (2003) stellten Reziprozität als eine starke, vom Individuum befolgte, Norm dar, die sich auf das Konstrukt der Steuercompliance übertragen lässt. Auch Trivedi, Shehuta und Lynn (2003 zitiert nach Kirchler, 2007) argumentierten, dass eine egoistische bzw. altruistische Orientierung Steuercompliance mitbestimmt. Reziproker Altruismus fordert demnach ausgeglichene soziale Austauschprozesse, wie sie ausführlich in 2.1.1 beschrieben werden. Die Balance zwischen Geben und Nehmen, in der Interaktion zwischen Individuum und Staat, hat in weiterer Folge erheblichen Einfluss auf die Gerechtigkeitswahrnehmung (Kirchler, 1997).

1.5.4 Gerechtigkeit

Schon Schmölders (1975, S.95) betonte die Wichtigkeit von Gerechtigkeitsaspekten in Bezug auf das Steuerverhalten: „Auch das Gerechtigkeitspostulat kann aus steuerpolitischen Überlegungen nicht herausgelöst werden“. Die Gerechtigkeit des Steuerwesens ist nicht nur eine ethische Frage, sie hat auch große praktische Relevanz (Lea, Tarpy & Webley, 1987). In der Fachliteratur entsteht wachsender Konsens darüber, dass Gerechtigkeitsempfinden maßgeblichen Einfluss auf Steuercompliance hat (Porcano, 1984; Andreoni, Erard & Feinstein, 1998, Kim, 2002; Hartner et al., 2011). Werden steuerbezogene Angelegenheiten als gerecht wahrgenommen, wirkt sich das positiv auf die Steuercompliance aus (Verboon &

Goslinga, 2009). Insbesondere die faire Verteilung von Gütern, Geldern und Ressourcen scheint eine wichtige Rolle in Bezug auf das Steuerverhalten zu spielen (Kirchler, 1997). Wenzel (2003a) bot einen konzeptuellen Rahmen für das Konstrukt Gerechtigkeit in Bezug auf das Steuerverhalten. Dabei unterschied er drei relevante Arten von Gerechtigkeit:

Retributive Gerechtigkeit bezieht sich auf die Fairness von Sanktionen als Folge des Handelns gegen soziale Normen und Regeln. Im Zentrum der Beurteilung von Gerechtigkeit steht die Frage, welche Reaktion auf ein Vergehen angebracht scheint.

Prozedurale Gerechtigkeit bezieht sich auf den Prozess der Bereitstellung von Ressourcen. In Anlehnung an Leventhal (1980) wird der Prozess der Verteilung als fair wahrgenommen, wenn er genau und fehlerfrei durchgeführt wird bzw. Fehler korrigierbar sind, jede/r berücksichtigt wird und alle Beteiligten gleich behandelt werden. Außerdem hat der Prozess ethischen Richtlinien zu genügen.

Distributive Gerechtigkeit bezieht sich auf den Austausch von vorhandenen Ressourcen. Diese Form der Gerechtigkeit bezieht sich auf die subjektive Wahrnehmung des/der Einzelnen. Ihre Bewertung ergibt sich dabei aus dem Vergleich zwischen tatsächlich erhaltenen und eigentlich verdienten bzw. zustehenden Ressourcen (Wenzel, 2003a). Im Rahmen der Steuerforschung bezieht sich das Konzept der distributiven Gerechtigkeit auf die wahrgenommene Ausgewogenheit zwischen eigener Steuerlast, persönlichem Nutzen staatlich finanzierter Leistungen und dem Beitrag den andere Steuerzahler/innen zu leisten haben (Kirchler, 2007). Da sich die vorliegende Forschungsarbeit auf das Konstrukt

der distributiven Gerechtigkeit konzentriert, soll dieses im weiteren Verlauf näher beschrieben werden.

„Das Konzept der distributiven Gerechtigkeit setzt eine festumgrenzte Welt voraus, innerhalb derer Güter zur Verteilung gelangen. [...] Diese festumgrenzte Welt ist [...] die politische Gemeinschaft. [...] D.h. wir gehen von einer festgefügt Gruppe mit einer festen Population aus, mit dem Effekt, dass wir die erste und wichtigste Verteilungsfrage, die Frage, wie diese Gruppe geartet, wie sie konstruiert ist, gar nicht stellen. [...] Das erste und wichtigste Gut, das wir einander zu vergeben und zu verteilen haben, ist die Mitgliedschaft in einer menschlichen Gemeinschaft“ (Walzer, 1994, S.65).

2 Distributive Gerechtigkeit

Gerechtigkeitsüberlegungen spielen in vielen Formen sozialer Interaktion, besonders im Zuge von Aufteilungsentscheidungen, eine zentrale Rolle:

„Fragen der Gerechtigkeit treten überall dort auf, wo es um Verteilungen geht. Dies gilt unabhängig davon, ob das zu Verteilende materieller oder immaterieller Natur, ob es positiv- oder negativwertiger Art ist, und ob es beispielsweise in materiellen Gütern oder Ressourcen, Belohnungen, Wohltaten, Berechtigungen, Ehren, Kosten, materiellen Verlusten, Pflichten oder Belastungen besteht“ (Mikula, 1980, S.15).

Cropanzano und Ambrose (2001) bezeichneten distributive Gerechtigkeit als die wahrgenommene Verteilungsgerechtigkeit erhaltener Ressourcen. Die subjektive Bewertung der Gerechtigkeitswahrnehmung ist abhängig von der Aufteilung dieser Ressourcen und den dabei angelegten Maßstäben (Mikula, 1980). Aus sozialpsychologischer Sicht, lassen sich hierzu zwei Positionen unterscheiden:

Equity- und Mehrprinzipienansätze formulieren zwei unterschiedliche theoretische Standpunkte zur Klärung der Kriterien einer gerechten Verteilung (Wenzel, 1997).

Diese werden im Folgenden näher beschrieben.

2.1 Theoretische Standpunkte

2.1.1 Equity Ansatz

Der Equity Ansatz beruht auf der Annahme, dass proportionale Austauschprozesse als gerecht wahrgenommen werden. Demnach muss das Verhältnis zwischen erbrachten und erhaltenen Leistungen von allen Beteiligten als ausgewogen wahrgenommen werden (Walster, Berscheid & Walster, 1973). Homans (1974) postulierte dies wie folgt: „The condition of distributive justice is satisfied when the ratio of the measures of the person is equal to the ratio of the measures of their respective rewards“ (Homans, 1974, S.249). Der Equity Ansatz versucht demnach Gerechtigkeit auf ein basales Prinzip zurückzuführen, das eher einer mathematischen Formel entspricht als einem psychologischen Prozess (Wenzel, 1997). Austin und Hatfield (1980) betonten außerdem ein egoistisches Interesse des/der Einzelnen, die eigenen Beiträge als besonders wertvoll darzustellen um sich den Anspruch auf höchstmögliche Belohnung zu sichern. Stafford (2008) postulierte, dass soziale Austauschprozesse nicht ausschließlich auf ökonomischen Prinzipien beruhen und sozialpsychologische Faktoren, wie Gerechtigkeitsüberlegungen und Reziprozität, in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen.

2.1.2 Mehrprinzipienansätze

Mehrprinzipienansätze gehen im Gegensatz zum Equity Ansatz von mehreren Gerechtigkeitskriterien aus. In Abhängigkeit der gegebenen Umstände gelten unterschiedliche Normen an denen sich die Wahrnehmung der Gerechtigkeit orientiert (Wenzel, 1997). Deutsch (1985) postulierte dahingehend drei Prinzipien: das Leistungsprinzip, das Gleichheitsprinzip und das Bedürfnisprinzip. Nach dem Leistungsprinzip steht der Erhalt von Ressourcen in einem Verhältnis zur erbrachten Leistung, dem Gleichheitsprinzip zu Folge steht allen Mitgliedern einer Gruppe gleich viel zu und nach dem Bedürfnisprinzip erfolgt die Verteilung nach dem Bedarf einzelner Personen bzw. Gruppen. Bezugnehmend auf das Konzept von Deutsch (1975) bestimmen soziale Normen und gesellschaftliche Werte was als gerecht zu beurteilen ist. Lerner und Whitehead (1980) ergänzten diese Sicht und betonten die Relevanz der individuellen Entwicklung, sowie persönlicher Vorstellungen in Bezug auf die Beurteilung von Gerechtigkeit.

Die hier dargestellten theoretischen Positionen sind bestimmend für die Konzepte distributiver Gerechtigkeit im Steuerkontext, welche im nächsten Abschnitt dargestellt werden.

2.2 Konzepte distributiver Gerechtigkeit im Steuerkontext

In Bezug auf Steuercompliance spielen vor allem die Konzepte der Austauschgerechtigkeit und der horizontalen bzw. vertikalen Gerechtigkeit eine wesentliche Rolle (Kirchler, 2007).

Das Konzept der *Austauschgerechtigkeit* basiert auf dem, in 2.1.1 beschriebenen, Equity Ansatz. Steuerzahler/innen streben demnach nach Ausgewogenheit zwischen Steuerlast und persönlichem Nutzen steuerfinanzierter Leistungen (Kim, 2002). Wird der Austausch zwischen Staat und Steuerzahler/innen als ungerecht wahrgenommen, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit der Non-Compliance, als Strategie die wahrgenommene Ungerechtigkeit auszugleichen (Kirchler, 2007).

Darüber hinaus beeinflusst der Vergleich mit anderen Steuerzahler/innen Gerechtigkeitsüberlegungen maßgeblich (Wenzel, 2002). Die Bewertung der eigenen Steuerbelastung kann über den Vergleich mit anderen Steuerzahler/innen einer ähnlichen oder differierenden Gruppe erfolgen. In diesem Zusammenhang spricht man von horizontaler Gerechtigkeit oder vertikaler Gerechtigkeit (Lea et al., 1987; Wenzel 2003a; Kirchler, 2007).

Horizontale Gerechtigkeit fordert gleiche Maßnahmen unter gleichen Bedingungen. Die steuerliche Belastung von Personen innerhalb gleicher Einkommens- bzw. Vermögensgruppen sollte demnach ähnlich sein (Lea et al., 1987). Während das Konzept der horizontalen Gerechtigkeit dem Gleichheitsprinzip entspricht, lässt sich das Konzept der vertikalen Gerechtigkeit mit dem Leistungsprinzip vergleichen.

Vertikale Gerechtigkeit bezieht sich auf unterschiedliche steuerliche Maßnahmen für unterschiedliche Gruppen innerhalb einer Gemeinschaft (Lea et. al., 1987). Als gerecht wird eine Verteilung demnach dann empfunden, wenn verschiedene Einkommens- oder Vermögensgruppen innerhalb eines Kollektivs auch unterschiedlich behandelt werden (Wenzel, 2003a).

Leistungs- und Bedürfnisprinzip greifen oft ineinander. Letzteres kommt in Abhängigkeit der sozialen Situation der Steuerzahler/innen zum Tragen. Es ist naheliegend, dass in der praktischen Anwendung meist nicht nur eines der dargestellten Prinzipien integriert wird (Hartner, 2009). „Beispielsweise gelten zwar die gleichen Steuergesetze für alle Bürger/innen unabhängig von Geschlecht, Alter oder ethnischen Hintergrund, dennoch gibt es Unterschiede hinsichtlich der Steuerhöhe aufgrund des unterschiedlichen Einkommen oder der besonderen Familiensituation (z. B. Absetzbeträge für Alleinverdiener/innen oder Alleinerzieher/innen)“ (Hartner, 2009, S.20). Die Konzepte distributiver Gerechtigkeit verdeutlichen, dass Vergleichsprozesse maßgeblich dafür sind, ob eine gegebene Verteilung als gerecht beurteilt wird oder nicht. Wenzel (1997) geht davon aus, dass diese Vergleichsprozesse durch die wahrgenommene Zugehörigkeit zu einer Gruppe mitbestimmt sind. Daraus folgernd postulierte er einen Gerechtigkeitsansatz der durch die Theorie der Selbstkategorisierung (Turner et al., 1987) gestützt ist. Zunächst soll diese näher ausgeführt werden.

2.3 Soziale Kategorisierung im Kontext von distributiver Gerechtigkeit und Steuerforschung

Die Theorie der Selbstkategorisierung geht davon aus, dass das Selbstkonzept einer Person auf Prozessen der Selbstkategorisierung basiert. Dabei kann man sich als einzigartiges Individuum, Teil einer sozialen Gruppe (*ingroup*) oder in Kontrast zu einer anderen Gruppe wahrnehmen, der man selbst nicht angehört (*outgroup*)

(Turner et al., 1987). Diese Kategorisierungsprozesse verlaufen dynamisch, unter Berücksichtigung des sozialen Kontexts und auf Basis sozialer Vergleiche. Ändert sich das Umfeld einer Person, ändert sich auch deren Selbstwahrnehmung. Aufgrund von Ähnlichkeiten innerhalb einer Klasse und Unterschieden zwischen den Klassen werden Kategorien gebildet innerhalb derer sich das Individuum einordnet. Die einzelnen Abstraktionsebenen können nur dann verglichen werden, wenn sie auf einer höheren Inklusionsebene als gleichwertig kategorisiert werden können. Ordnet sich das Individuum einer Kategorie zu, wird die Zuordnung auf einer anderen Ebene ausgeschlossen. Der Theorie der Selbstkategorisierung zu Folge kann demnach immer nur eine Form der kategorischen Selbstdefinition psychologisch wirksam sein (Turner et al., 1987).

Wenzel (2004c) postulierte drei Vergleichsebenen, innerhalb derer sich das Individuum positionieren kann und in deren Abhängigkeit die wahrgenommene Gerechtigkeit beurteilt wird. Eine Person kann sich als Individuum in Abgrenzung zu anderen Individuen einer bestimmten Subgruppe (z. B. Einkommensgruppe, Nation oder Nettozahler bzw. Nettoempfänger) kategorisieren. Es kann sich aber auch als Teil einer Subgruppe in Abgrenzung zu einer übergeordneten Gruppe (z. B. alle Steuerzahler/innen oder EU-Bürger/innen) wahrnehmen. Die dritte Ebene wird als inklusive Ebene bezeichnet. Das Individuum ordnet sich hier der übergeordneten Kategorie zu. Die Bewertung der Gerechtigkeit erfolgt dann in Abhängigkeit des Kollektivs. Wenzels (2004c) Vergleichsebenen sind in Abbildung 1 dargestellt.

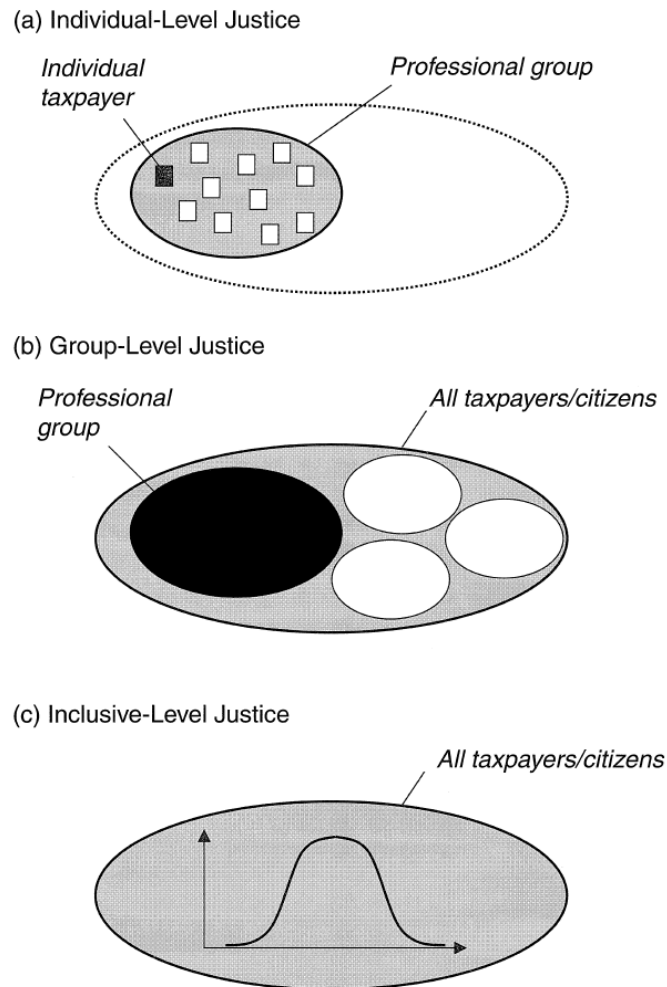


Abbildung 1: Wenzels Vergleichsebenen (Wenzel, 2004c, S. 73)

Wenzel (2007) postulierte, dass sich Steuerzahler/innen innerhalb verschiedenster Kategorien zuordnen können. Am häufigsten vergleichen sich Personen mit Anderen innerhalb ihrer Berufs- oder Einkommensgruppe bzw. mit Personen deren ökonomischer Status am ehesten dem eigenen entspricht. Eine Person kann sich aber auch zwei oder mehreren Kategorien gleichzeitig zuordnen. Dies ist umso wahrscheinlicher, je ähnlicher sie inhaltlich sind (Wenzel, 2004c; 2007).

Taylor (2003) argumentierte, dass die Bereitschaft zur Steuercompliance am höchsten ist, wenn sich das Individuum innerhalb einer übergeordneten Kategorie einordnet. Die anderen Personen dieser Kategorie sind dann Teil der

Selbstdefinition. Dies resultiert in Verhalten, das sich am Wohl der Gruppe orientiert. „Hence, if I perceive myself as American, then I care about America and all Americans, and want what is best for Americans“ (Taylor, 2003, S.75). Geringere Steuercompliance ist demnach auf Subgruppenebene zu erwarten, da hier weniger Personen zur sogenannten *ingroup* gehören und Konflikte zwischen den Untergruppen wahrscheinlicher sind (Taylor, 2003).

Soziale Kategorisierungsprozesse, wie sie hier dargestellt wurden, und Perelmans (1967) abstraktes Prinzip der Gerechtigkeit, „nach welchem die Wesen derselben Wesenskategorie auf dieselbe Art und Weise behandelt werden müssen“ (Perelman, 1967, S.28), stellen die Basis für das Modell des legitimen Anspruchs (Wenzel, 1997) dar. Im Folgenden soll dieses näher erläutert werden.

2.4 Das Modell des legitimen Anspruchs auf Basis sozialer Kategorisierungsprozesse

Wenzels (1997) Modell des legitimen Anspruchs zu Folge wird eine Verteilung als distributiv gerecht bewertet, wenn jede Person bzw. jede Gruppe, das bekommt worauf sie auch legitimen Anspruch hat. Er postulierte, „dass Auffassungen über legitime Ansprüche und distributive Gerechtigkeit sozialen Ursprungs sind und letztlich immer auf sozialen Vergleichen basieren“ (Wenzel, 1997, S.141). Die Bewertung des legitimen Anspruchs baut demnach auf psychologischen Prozessen sozialer Kategorisierung auf, wie sie in Punkt 2.3 dargestellt werden. Sie ermöglichen Orientierung und Positionierung in einer sozialen Situation und können als Bindeglied

zwischen Gerechtigkeitswahrnehmung und Bewertung des legitimen Anspruchs verstanden werden (Wenzel, 2004b). Personen ordnen sich einer sozialen Kategorie zu, welche als soziale Einheit verstanden wird. Die Bewertung des legitimen Anspruchs basiert auf dieser sozialen Einheit, der sogenannten Rezipienteneinheit. Diese lässt sich, gemäß der Theorie der sozialen Kategorisierung, in unterschiedliche Inklusionsniveaus gliedern. Wenzel (1997) unterscheidet dahingehend zwischen „individuierend“ bis maximal „deindividuierend“. „Im extremen ersten Fall ist die in Frage stehende soziale Einheit das einzige Element ihrer Kategorie, im extremen zweiten Fall ist sie ein Element der primären Kategorie“ (Wenzel, 1997, S. 153). Eine wahrgenommene Ähnlichkeit, auf einer für den/die Betrachterin wichtigen Dimension, ermöglicht die Zuordnung zu einer sozialen Kategorie, welche im Rahmen dieses Modells als primäre Kategorie bezeichnet wird. Soziale Einheiten werden also durch ähnliche Merkmale vergleichbar. Dies ermöglicht den Ausschluss anderer sozialer Einheiten von der Verteilung. Im Zuge der primären Kategorisierung wird zwischen Rezipienten und Non-Rezipienten differenziert. Die Frage nach Gerechtigkeit stellt sich in Folge nur mehr in der primären Kategorie, also in Bezug auf die potentiellen Rezipienten einer Verteilung. Diese wird anhand bestimmter Ausprägungen subkategorisiert und wiederum in verschiedene soziale Einheiten zusammengefasst, welche bei der Gerechtigkeitsbeurteilung eine Rolle spielen. „Das fundamentale Prinzip distributiver Gerechtigkeit lautet, dass gleich kategorisierte soziale Einheiten gleich behandelt werden sollen. Eine soziale Einheit hat einen legitimen Anspruch auf dieselbe Behandlung wie alle anderen Mitglieder ihrer sozialen Kategorie“ (Wenzel, 1997,

S.150). Eine zentrale Rolle bei der Kategorisierung und Differenzierung von Subkategorien kommt dabei jenen Dimensionen zu, welche die primäre Kategorie definieren. Diese werden als prototypisch bezeichnet (Wenzel, 2004b). Die wahrgenommene Ähnlichkeit zwischen *ingroup* und *outgroup* im Vergleich zur primären Kategorie wird dabei als Maß für die Prototypikalität herangezogen (Mummendey & Wenzel, 1999). Von hoher Prototypikalität ist dann auszugehen, wenn eine Subgruppe der übergeordneten Kategorie ähnlich wahrgenommen wird (Wenzel, Mummendey, Weber & Waldzus, 2003b). In Abhängigkeit der wahrgenommenen Prototypikalität erfolgt eine Bewertung aller Subkategorien, auf der in weiterer Folge die Bewertung des legitimen Anspruchs für die einzelnen sozialen Einheiten beruht (Wenzel, 2004b).

Das integrative Modell des legitimen Anspruchs auf Basis von sozialer Kategorisierung macht deutlich, dass Prozesse und Motive der Identität, so zum Beispiel Zugehörigkeit zu einer Gruppe, Teil von Gerechtigkeitsüberlegungen sind. Nach Wenzel (1997) ist Gerechtigkeit geknüpft an Identitäten stets subjektiv. Die Kontextabhängigkeit und Flexibilität der Selbstdefinition im Zuge der sozialen Kategorisierung zeigt aber, dass auch objektive Kriterien die Beurteilung von Gerechtigkeit mitbestimmen.

„Subjektivität und Objektivität sind in diesem Sinne zwei Seiten der Identität und in gleicher Weise wesentlich für unsere Motivation zur Gerechtigkeit. Subjektivität, weil Gerechtigkeit mit uns selbst bzw. unserem Selbst zu tun hat, und Objektivität, weil wir in einem gegebenen Kontext uns in bestimmter Weise selbst definierend nur eine Gerechtigkeit anerkennen“ (Wenzel, 1997, S.301).

Zusammenfassend geht das integrative Modell des legitimen Anspruchs davon aus, dass der Gerechtigkeitskontext durch Kategorisierungsprozesse strukturiert wird und so vergleichbare soziale Einheiten geschaffen werden, innerhalb derer sich das Individuum positioniert. Eine soziale Einheit hat dabei legitimen Anspruch auf die Behandlung, die für jene Kategorie exemplarisch ist, der sie angehört (Wenzel, 1997). Die Bewertung des legitimen Anspruchs ist dabei abhängig von der wahrgenommenen Prototypikalität der einzelnen Subkategorien im Vergleich zur primären Kategorie (Wenzel, 2004b).

Bisherige Forschungsarbeiten zum Zusammenhang zwischen Gerechtigkeitswahrnehmung und Steuercompliance untersuchten vorwiegend den nationalen Steuerkontext (Porcano, 1984; Kirchler, 1997; Kim, 2002; Wenzel, 2002). Der Fokus der vorliegenden Arbeit liegt auf der Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit und ihrem Zusammenhang mit Steuercompliance im EU-Kontext. Nachdem die Konstrukte Steuercompliance und distributive Gerechtigkeit im Vorangegangenen ausführlich beschrieben wurden, soll deren Zusammenhang im Folgenden dargestellt werden.

3 Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeit und Steuercompliance

Der Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung und Steuercompliance wurde im Rahmen der Steuerforschung vielfach nachgewiesen (Spicer & Becker, 1980; Porcano, 1984; Kirchler, 1997; Kim, 2002; Wenzel, 2002; Hartner et al. 2011). Beurteilen Steuerzahler/innen das Steuersystem im Sinne der Austauschgerechtigkeit als ungerecht, wird versucht das Gleichgewicht zwischen eigener Steuerlast und Nutzen staatlich finanzierten Leistungen wiederherzustellen (Porcano, 1984). Zu diesem Zwecke können Möglichkeiten der Non-Compliance, wie z. B. Steuervermeidung oder -hinterziehung, herangezogen werden (Spicer & Becker, 1980; Kirchler, 1997).

Dient die Interaktion zwischen Individuum und Staat als Basis für die Gerechtigkeitsbeurteilung, fokussieren Steuerzahler/innen hauptsächlich auf ihren persönlichen Beiträgen und erhaltenen Leistungen. Staatliche Leistungen, die das Kollektiv betreffen sind in Bezug auf Steuercompliance nur relevant, wenn sie auch persönlichen Nutzen bringen. Die eigenen Beiträge und erhaltenen Leistungen werden des Weiteren auf individueller Ebene, den Konzepten der horizontalen oder vertikalen Gerechtigkeit folgend, verglichen. Ist die Bilanz zwischen eigenem Ertrag und dem der Anderen ähnlich, fördert dies die Zufriedenheit mit dem Steuersystem (Kirchler, 1997).

Auch Wenzel (2002) konnte zeigen, dass die wahrgenommene Gerechtigkeit des Steuersystems Einfluss auf die Steuercompliance hat. Vor allem Möglichkeiten der

Non-Compliance, wie z. B. Versuche zur Steuerminimierung, sind durch die Gerechtigkeitswahrnehmung beeinflusst. Kinsey, Grasmick und Smith (1991) postulierten, dass Steuerzahler/innen die Gerechtigkeit ihrer Steuerlast auf Basis von Vergleichen mit anderen Steuerzahler/innen und ihrer persönlichen Meinung über eine faire und nachvollziehbare Steuerpolitik beurteilen. Die Bewertung der Gerechtigkeit beeinflusst dabei die Haltung gegenüber Steuergesetzen und in Folge die Bereitschaft zur Steuercompliance. Demnach wird die Steuercompliance gestärkt, wenn ein Steuersystem als gerecht wahrgenommen wird.

Im EU-Kontext wurde der Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen und EU-Steuercompliance anhand des Modells der distributiven Gerechtigkeit untersucht (Hartner et al., 2011; Hartner-Tiefenthaler, Rechberger, Kirchler, Wenzel & Kubicek, 2012). Da eine direkte EU-Steuer zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht eingeführt ist und keine Mitbestimmung hinsichtlich der kollektiven EU-Steuer möglich ist, konnte lediglich die Bereitschaft zur EU-Steuercompliance erfragt werden. Die Ergebnisse der Studie von Hartner et al. (2011) beruhen auf einer britischen Stichprobe. Es ist anzumerken, dass Großbritannien aufgrund des Britenrabatts eine finanzpolitische Sonderstellung innerhalb der EU einnimmt (Wagener & Eger, 2009). Die Repräsentativität der Stichprobe ist deswegen kritisch zu betrachten. Hartner et al. (2011) konnten einen positiven Zusammenhang zwischen individueller EU-Steuercompliance und Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit feststellen. Verstärkt zeigte sich dieser Zusammenhang auch auf kollektiver Ebene. Die wahrgenommene Gerechtigkeit der Verteilung der EU-Transferzahlungen korreliert demnach mit der Bereitschaft, und

dem Gefühl der moralischen Verpflichtung der Bürger/innen eines Staates ihren Anteil zu leisten. Die Ergebnisse konnten in einer weiteren Studie von Hartner-Tiefenthaler et al. (2012) repliziert werden. Das Modell der distributiven Gerechtigkeit der EU-Transferzahlungen wurde zwischen drei heterogenen EU-Ländern, Österreich, Tschechien und Großbritannien, verglichen. Österreich ist ein Nettozahlerland, Tschechien ein Nettoempfängerland und Großbritannien ein Nettozahlerland mit exklusivem Rabatt (Wagener & Eger, 2009). Auch in dieser Untersuchung zeigte sich, dass kollektive und individuelle Steuercompliance höher sind, wenn die Transferzahlungen gerecht wahrgenommen werden (Hartner-Tiefenthaler, 2012). Im Rahmen des nachstehenden empirischen Teils der vorliegenden Arbeit soll untersucht werden, ob die Bezugnahme auf einen positiv konnotierten Nettozahler bzw. einen negativ konnotierten Nettoempfänger die distributive Gerechtigkeitswahrnehmung und in Folge die kollektive bzw. individuelle EU-Steuercompliance beeinflusst.

III. Empirischer Teil

4 Forschungsfragen und Ziel der Untersuchung

Das primäre Forschungsinteresse dieser Arbeit bezieht sich auf den Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen und kollektiver bzw. individueller EU-Steuercompliance. Dieser wurde, wie in Punkt 3 dargestellt, in den Studien von Hartner et al. (2011) und Hartner-Tiefenthaler et al. (2012) nachgewiesen. Es soll nun geprüft werden, ob in Abhängigkeit der Bezugnahme auf einen Nettozahler bzw. Nettoempfänger Unterschiede in der Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit und in weiterer Folge der EU-Steuercompliance vorliegen. Dieser Forschungsfrage liegt die Annahme zugrunde, dass Nettozahler im Gegensatz zu Nettoempfängern positiv konnotiert sind. Dies gilt es vor der Untersuchung empirisch zu überprüfen. Im Folgenden wird die methodische Vorgehensweise beschrieben.

5 Methode

Im Folgenden werden der Vortest und die daraus resultierenden Ergebnisse beschrieben, bevor die Hypothesen und im Anschluss daran die Hauptuntersuchung, dargestellt wird.

5.1 Vortest

Ziel des Vortests war es, ein positiv konnotiertes Nettozahlerland und ein negativ konnotiertes Nettoempfängerland zu identifizieren. Die Ergebnisse sollten die Auswahl der Länder, auf welche im Rahmen der Hauptbefragung Bezug genommen wird, ermöglichen und empirisch fundieren. Der Vortest wurde als Onlinefragebogen konzipiert und im Juni 2012 vorgegeben.

5.1.1 Beschreibung des Vortests

Um die Länge des Fragebogens zumutbar zu halten wurden aus den 27 EU-Mitgliedstaaten 15 ausgewählt. Im Rahmen eines Seminars für Diplomanden und Diplomandinnen wurde abgestimmt, welche Länder in den Fragebogen mit aufgenommen werden sollten. Der Auswahl lag die Annahme zu Grunde, dass Nettozahler im Gegensatz zu Nettoempfängern positiv konnotiert sind. Entscheidungskriterien waren außerdem Häufigkeit der Medienpräsenz und geographische Nähe zu Österreich. Beides wurde als Indikator für die Informiertheit über die Mitgliedsländer angenommen. Neben den Nettozahlern Großbritannien, Niederlande, Deutschland, Schweden, Dänemark, Frankreich und Luxemburg wurden die Nettoempfänger Griechenland, Spanien, Portugal, Polen, Irland und Rumänien ausgewählt. Außerdem sollte auch Österreich bewertet werden. Die Teilnehmer/innen wurden gebeten die Mitgliedstaaten auf einer 7-stufigen Skala (-3 sehr negativ bis +3 sehr positiv) als negativ bzw. positiv zu bewerten. Um Positionseffekte auszuschließen wurden die Länder randomisiert vorgegeben. Der

Vortest wurde gemeinsam mit Nadia Boytcheva, einer Kollegin und Diplomandin des Fachbereichs, erstellt. Aus diesem Grund finden sich nach Beurteilung der Länder weitere, lediglich für ihre Arbeit (Boytcheva, 2013) relevante, Items. Außerdem wurde eine Skala konstruiert, welche die wahrgenommene Prototypikalität der einzelnen Länder messen sollte und für elf EU-Mitgliedstaaten vorgegeben wurde. Die Skala ist, am Beispiel Österreich, in Tabelle 1 dargestellt:

Tabelle 1: Skala Prototypikalität am Beispiel Österreich im Vortest

Messintention	Item ^a
Prototypikalität	Österreich ist ein typisches EU-Land.
	Österreich ist repräsentativ für die EU.
	Österreich ist charakteristisch für die EU.

^a Item-Skalierung: 7-stufig (1: stimme gar nicht zu; 7: stimme völlig zu)

Der Vortest schließt mit der Erhebung soziodemographischer Daten, wie z. B. Alter, Geschlecht und Bildungsniveau ab. Screenshots des Vortests befinden sich im Anhang.

5.1.2 Stichprobe im Vortest

Der Onlinefragebogen wurde von insgesamt 84 Personen ausgefüllt. Davon waren 64 weiblich und 19 männlich, eine Person machte keine Angabe bezüglich des Geschlechts. Die Personen waren zwischen 18 und 73 Jahre alt ($M = 30.31$, $SD = 9.44$, $Md = 28$). Die Analyse der Häufigkeiten zeigt, dass die meisten Befragten zwischen 24 und 29 Jahre alt waren. Ausreißer nach oben erklären den hohen

Mittelwert bzw. die Standardabweichung. Aus diesem Grund wird hier auch der Median angegeben.

5.1.3 Ergebnisse des Vortests

Schweden wurde auf einer 7-stufigen Skala mit einem Mittelwert von 5.95 und einer Standardabweichung von 1.1 am positivsten bewertet. Rumänien wurde auf einer 7-stufigen Skala mit einem Mittelwert von 3.44 und einer Standardabweichung von 1.40 am negativsten bewertet. Aufgrund der Ergebnisse des Kolmogorov-Smirnov-Tests (Schweden $Z = 2.02$, $p = 0.01$; Rumänien $Z = 1.50$, $p = 0.02$) konnte keine Normalverteilung der Daten angenommen werden. Zur Prüfung der Mittelwertsunterschiede auf statistische Signifikanz wurde deshalb der Wilcoxon-Test, ein verteilungsfreies Verfahren, durchgeführt. Die Voraussetzung Intervallskalenniveau kann angenommen werden, weil nicht nur der Rangordnung sondern auch den Differenzen zweier Werte empirische Bedeutung zugesprochen werden kann (Zöfel, 2003). Der Wilcoxon-Test zeigt, dass sich die Mittelwerte signifikant voneinander unterscheiden ($Z = -7.53$, $p = 0.00$). Es kann demnach angenommen werden, dass Schweden positiver wahrgenommen wird, als Rumänien. Aufgrund der Ergebnisse wurden für die Hauptbefragung Schweden, als positiv konnotiertes Nettozahlerland, und Rumänien, als negativ konnotiertes Nettoempfängerland, ausgewählt.

Des Weiteren wurde die im Vortest vorgegebene Skala Prototypikalität hinsichtlich ihrer Messgenauigkeit untersucht. Zur Prüfung der internen Konsistenz der Skala

wurden Hauptkomponentenanalysen und Reliabilitätsanalysen für die einzelnen Länder durchgeführt. Hohe Faktorladungen weisen auf Eindimensionalität der Items hin. Diese sind in Tabelle 2 dargestellt.

Tabelle 2: Faktorladungen - Prototypikalität im Vortest

Items	Faktorladungen										
	BE	AUT	NL	SE	DK	FI	GB	ES	PL	IE	GR
1	0.90	0.85	0.95	0.97	0.96	0.94	0.97	0.96	0.96	0.96	0.95
2	0.96	0.94	0.98	0.95	0.97	0.94	0.98	0.97	0.97	0.98	0.96
3	0.94	0.95	0.97	0.97	0.97	0.91	0.96	0.97	0.96	0.97	0.96

In Tabelle 3 sind deskriptive Statistik und Reliabilitäten der 7-stufigen Skala Prototypikalität, in Abhängigkeit der unterschiedlichen EU-Länder, dargestellt.

Tabelle 3: Reliabilitäten und deskriptive Statistik - Prototypikalität im Vortest

Skala Prototypikalität	<i>Cronbach Alpha</i>	Item- Anzahl	n	<i>M</i>	<i>SD</i>
BE	0.92	3	83	4.79	1.36
AUT	0.90	3	84	4.71	1.33
NL	0.96	3	83	4.60	1.32
SE	0.96	3	83	4.49	1.63
DK	0.96	3	82	4.40	1.42
FI	0.92	3	80	4.23	1.43
GB	0.97	3	83	3.92	1.68
ES	0.96	3	83	3.90	1.49
PL	0.96	3	83	3.90	1.49
IE	0.97	3	83	3.85	1.45
GR	0.95	3	84	3.10	1.73

Da die Reliabilitäten der Skala für jedes einzelne Land hoch sind, kann auf Homogenität der Items geschlossen werden. Die Ergebnisse zeigen, dass die Skala Prototypikalität sehr kompakt und intern konsistent ist.

5.2 Hypothesen

5.2.1 Unterschiede in der Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit der EU-Transferzahlungen

Da Schweden und Österreich Nettozahlerländer sind, ist gemäß der Theorie der sozialen Kategorisierung nach Turner et al. (1987) davon auszugehen, dass Schweden, ausgehend von einer österreichischen Stichprobe, als Teil der ingroup verstanden wird. Rumänien, ein Nettoempfängerland, ist im Kontrast dazu Teil der outgroup. Geht man davon aus, dass die Bewertung der distributiven Gerechtigkeit auf sozialen Vergleichen in Abhängigkeit sozialer Kategorisierungsprozesse stattfindet (Wenzel, 1997) und Vergleiche eher mit Gruppen stattfinden, deren ökonomischer Standard ähnlich ist (Wenzel, 2007), lässt sich im vorliegenden Kontext folgende Hypothese formulieren:

Hypothese 1

In Bezug auf Rumänien wird die Verteilung der EU-Transferzahlungen als weniger distributiv gerecht wahrgenommen, als in Bezug auf Schweden.

5.2.2 Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung und Bereitschaft zur kollektiven bzw. individuellen EU-Steuercompliance

In den Studien von Hartner et al. (2011) und Hartner-Tiefenthaler et al. (2012) konnte ein positiver Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeit und kollektiver bzw. individueller EU-Steuercompliance nachgewiesen werden. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Zusammenhang auch bei Bezugnahme auf Schweden

bzw. Rumänien feststellen lässt. Daraus folgernd wurden folgende Hypothesen formuliert:

Hypothese 2a

Je distributiv gerechter die Verteilung der EU-Transferzahlungen in Bezug auf Schweden wahrgenommen wird, desto höher ist die Bereitschaft zur kollektiven EU – Steuercompliance.

Hypothese 2b

Je distributiv gerechter die Verteilung der EU-Transferzahlungen bei Bezugnahme auf Schweden wahrgenommen wird, desto höher ist die Bereitschaft zur individuellen EU-Steuercompliance.

Hypothese 2c

Je distributiv gerechter die Verteilung der EU-Transferzahlungen bei Bezugnahme auf Rumänien wahrgenommen wird, desto höher ist die Bereitschaft zur kollektiven EU-Steuercompliance.

Hypothese 2d

Je distributiv gerechter die Verteilung der EU-Transferzahlungen bei Bezugnahme auf Rumänien wahrgenommen wird, desto höher ist die Bereitschaft zur individuellen EU-Steuercompliance.

5.3 Material und Entwicklung des Hauptfragebogens

Gemeinsam mit Nadia Boytcheva, einer Kollegin und Diplomandin des Fachbereichs, wurde ein Onlinefragebogen entwickelt. Der Fragebogen umfasste somit auch Konstrukte die nur für ihre Arbeit (Boytcheva, 2013) relevant sind und deswegen hier nicht näher beschrieben werden. Zur Prüfung der in dieser Untersuchung formulierten Hypothesen, wurden die Skalen distributive Gerechtigkeit und kollektive bzw. individuelle EU-Steuercompliance aus der Studie von Hartner-Tiefenthaler et al. (2012) übernommen. Die Items zur Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit blieben unverändert. Lediglich die Bezeichnung der Länder wurde durch Schweden bzw. Rumänien ersetzt. Die Items (vgl. Hartner-Tiefenthaler et al., 2012) werden in Tabelle 4 dargestellt.

Tabelle 4: Items – Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit

Messintention	Item ^a
Distributive Gerechtigkeit	Bezogen auf die Gegenleistungen der EU ist die Höhe der Beiträge Schwedens [<i>Rumäniens</i>] gerecht.
	Verglichen mit den Beiträgen, die Schweden [<i>Rumänien</i>] an die EU leistet, sind die Zahlungen, die es von der EU erhält, gerecht.
	Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der schwedischen [<i>rumänischen</i>] Beiträge gerecht
	Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedstaaten der EU ist die Höhe der Zahlungen, die Schweden [<i>Rumänien</i>] von der EU erhält, gerecht.

^a Item-Skalierung: 7-stufig (1: stimme gar nicht zu; 7: stimme völlig zu)

Die Skala zur Messung der kollektiven Steuercompliance besteht in der Studie von Hartner-Tiefenthaler et al. (2012) nur aus zwei Items. Diese wurde in der vorliegenden Untersuchung um ein drittes Item ergänzt, welches die subjektiv wahrgenommene Relevanz der österreichischen Beiträge erfassen sollte. Die Aufnahme des dritten Items in die Skala soll deren Messgenauigkeit und Informationsgehalt erhöhen. Die empirische Überprüfung der Skala ist in 6.2 dargestellt. Die Skala zur Messung der individuellen Steuercompliance wurde unverändert übernommen. Die Items zur EU-Steuercompliance (vgl. Hartner-Tiefenthaler et al., 2012) sind in Tabelle 5 angeführt.

Tabelle 5: Items – Kollektive und individuelle EU-Steuercompliance

Messintention	Item ^a
Kollektive EU - Steuercompliance	Österreich und seine Bürger/innen sollten sich moralisch verpflichtet fühlen, die Beiträge an die EU zu zahlen.
	Österreich und seine Bürger/innen sollten bereitwillig ihren Anteil an die EU leisten.
	Es ist wichtig, dass Österreich seinen Beitrag an die EU leistet.
Individuelle EU - Steuercompliance	Ich würde die "Grauzonen" im EU-Steuersystem möglichst optimal für mich ausnützen.
	Ich würde die Höhe meiner EU-Steuern aktiv im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten minimieren.
	Ich würde Schlupflöcher suchen, um meine EU-Steuerhöhe zu reduzieren.

^a Item-Skalierung: 7-stufig (1: stimme gar nicht zu; 7: stimme völlig zu)

Um die Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit der EU-Transferzahlungen in Bezug auf Schweden und Rumänien vergleichen zu können, wurde der Fragebogen für zwei Gruppen konstruiert. Ein Fragebogen enthielt die Items zur distributiven Gerechtigkeit in Bezug auf Schweden, der zweite in Bezug auf Rumänien. Die Reihenfolge der Items wurde innerhalb der Skalen zufällig variiert um Positionseffekte auszuschließen. Zusätzlich wurde ein Manipulationscheck konstruiert, der prüfen sollte, ob Schweden und Rumänien auch in der Hauptbefragung als positiv bzw. negativ konnotiert gelten. Je nach Gruppe sollten dabei Schweden bzw. Rumänien, wie im Vortest, auf einer 7-stufigen Skala (-3 sehr negativ bis +3 sehr positiv) beurteilt werden. Abschließend wurde die Skala Prototypikalität in die Befragung miteinbezogen. Da die Skala, wie in Punkt 5.1.3 beschrieben, sehr kompakt ist wurde sie in der Hauptbefragung aus ökonomischen Gründen um ein Item gekürzt. Die Skala ist in Tabelle 6 dargestellt.

Tabelle 6: Items – Prototypikalität

Messintention	Item ^a
Prototypikalität	Schweden [<i>Rumänien</i>] ist ein typisches EU-Land.
	Schweden [<i>Rumänien</i>] repräsentiert die EU.

^a Item-Skalierung: 7-stufig (1: stimme gar nicht zu; 7: stimme völlig zu)

Die letzte Seite des Fragebogens umfasste Items zu soziodemographischen Daten, wie Alter, Geschlecht, Bildung und berufliche Tätigkeit. Zusätzlich wurden Fragen bezüglich Einkommen und politische Ausrichtung vorgegeben. Screenshots des Hauptfragebogens befinden sich im Anhang.

5.4 Durchführung der Hauptuntersuchung

Der Fragebogen wurde im Zeitraum zwischen Juli und Oktober 2012 online gestellt. Die beiden Gruppen, Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien, wurden mittels Zufallsauswahl vorgegeben. Der Onlinefragebogen beginnt mit einer kurzen Einleitung. Diese erläutert den Zweck der Untersuchung und beinhaltet den Hinweis auf Vertraulichkeit und Anonymität. Da im Zuge des Vortests vermehrt rückgemeldet wurde, dass zu wenig Wissen zum Thema vorhanden sei, wurde in der Einleitung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass lediglich die persönliche Meinung bzw. Einstellung zum Thema gefragt sei. Die ersten Itemblöcke beziehen sich auf die soziale Identität und sind für diese Arbeit nicht relevant. Den Fragen zur sozialen Identität folgt der in Punkt 5.3 beschriebene Manipulationscheck. Darauf folgend wurde die Skala distributive Gerechtigkeit vorgegeben. Den Items zur distributiven Gerechtigkeit ging eine kurze Einleitung über die Finanzierung der EU durch nationale Steuermittel voraus, die wie folgt lautete: „Die Europäische Union wird durch Beiträge der Mitgliedstaaten finanziert. Diese werden unter anderem durch die Steuerzahlungen der Bürger/innen dieser Staaten gedeckt. Große Teile des EU-Budgets fließen wieder zurück in die Mitgliedstaaten.“ Die Teilnehmer/innen wurden gebeten dies bei ihren Antworten zu bedenken. Auch hier wurde wieder darauf hingewiesen, dass die persönliche Wahrnehmung bzw. Meinung zum Thema gefragt sei. Schließlich folgten Items zur kollektiven EU-Steuercompliance, bevor jene zur individuellen EU-Steuercompliance vorgegeben wurden. Letzteren ging eine kurze Erklärung über das hypothetische Konstrukt der individuellen EU-Steuer voraus.

Diese soll zur besseren Nachvollziehbarkeit hier wiedergegeben werden: „Stellen Sie sich vor, es gäbe eine direkte europäische Steuer. Ein Teil ihrer Lohn- bzw. Einkommensteuer wird nicht an Österreich, sondern direkt an die EU gezahlt, die Steuern an den österreichischen Staat werden entsprechend verringert.“ In Anschluss an die darauf folgenden Items zur individuellen EU-Steuercompliance wurde die Skala Prototypikalität vorgegeben, bevor schließlich die soziodemographischen Daten abgefragt wurden. Auf der letzten Seite des Fragebogens hatten die Teilnehmer/innen die Möglichkeit, Kommentare bezüglich der Untersuchung zu hinterlassen.

5.5 Stichprobe

Insgesamt haben 419 berufstätige Personen in Österreich an der Umfrage teilgenommen und den Fragebogen vollständig beantwortet. 203 Personen haben die Gruppe mit Bezugnahme auf Schweden, und 216 mit Bezugnahme auf Rumänien ausgefüllt. Der Link zum Fragebogen, wurde mit der Bitte um Weiterleitung, per E-Mail versandt und von Teilnehmer/innen auf diversen Social-Networkseiten gepostet. Auch durch persönliche Ansprache an der Universität Wien, im Rehabilitationszentrum Bad Aussee und in Wiener U-Bahnstationen konnte eine Reihe von Teilnehmer/innen erreicht werden. Es nahmen 220 Frauen (52.5%) und 176 Männer (42%) an der Umfrage teil. Die meisten Personen waren zwischen 30 und 40 Jahre alt ($M = 36.14$, $SD = 11.54$). 90% der Teilnehmer/innen waren österreichische Staatsbürger/innen. Die meisten Personen haben eine Ausbildung

auf Maturaniveau abgeschlossen (36%), ein großer Teil der Stichprobe hat eine Hochschule absolviert (37.5%). Das monatliche Nettoeinkommen der meisten Personen liegt zwischen 1000 und 3000 Euro (65.2%). Bezüglich politischer Ausrichtung haben viele Teilnehmer/innen keine Angabe gemacht (23.4%). Etwa ein Drittel der Stichprobe stuft sich als eher links (30.5%), ein weiteres Drittel als Mitte (30.3%) ein. Die Tabelle auf der nächsten Seite gibt einen Überblick über die Stichprobe im Gesamten und aufgeteilt in beide Gruppen.

Tabelle 7: Beschreibung der Stichprobe

N = 419 Berufstätige Österreicher/innen				N = 203 Gruppe Schweden		N = 216 Gruppe Rumänien	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Geschlecht	weiblich	220	52.5	100	49.3	120	55.6
	männlich	176	42.0	90	44.3	86	39.8
	k. A.	20	5.5	13	6.4	10	4.6
	Σ	419	100.0	203	100.0	216	100.0
Alter	bis 30	176	42.0	85	41.9	91	42.3
	31 bis 40	99	23.6	49	24.1	50	23.0
	41 bis 50	82	19.6	43	21.0	39	18.0
	51 bis 65	52	12.4	22	11.0	30	14.0
	ab 66	3	0.7	1	0.5	2	0.9
	k. A.	7	1.7	3	1.5	4	1.8
	Σ	419	100.0	203	100.0	216	100.0
Nationalität	Österreich	377	90.0	182	89.6	195	90.3
	Andere	30	7.1	15	7.4	15	6.9
	k. A.	12	2.9	6	3	6	2.8
	Σ	419	100.0	203	100.0	216	100.0
Formale Bildung	kein Schulabschluss	1	0.2	0	0	1	0.5
	Pflichtschulabschluss	6	1.4	5	2.5	1	0.5
	Berufsausbildung/Lehre	82	19.6	39	19.2	43	19.9
	Matura	151	36.0	77	37.9	74	34.3
	Hochschule/Universität	157	37.5	67	33.0	90	41.6
	Sonstiges, k. A.	22	5.3	15	7.4	7	3.2
	Σ	419	100.0	203	100.0	216	100.0
Einkommen	unter € 374	21	5.0	10	4.9	11	5.1
	€ 375 bis € 499	14	3.3	5	2.5	9	4.2
	€ 500 bis € 999	37	8.8	11	5.4	26	12.0
	€ 1000 bis € 1499	97	23.2	55	27.1	42	19.4
	€ 1500 bis € 1999	105	25.1	50	24.6	55	25.5
	€ 2000 bis € 2999	71	16.9	38	18.7	33	15.3
	€ 3000 bis € 3999	21	5.0	6	3.0	15	6.9
	€ 4000 bis € 4999	4	1.0	1	0.5	3	1.4
	über € 5000	4	1.0	1	0.5	3	1.4
	k. A.	45	10.7	26	12.8	19	8.8
	Σ	419	100.0	203	100.0	216	100.0
Politische Ausrichtung	sehr links	25	6.0	9	4.4	16	7.4
	eher links	128	30.5	56	27.6	72	33.3
	Mitte	127	30.3	63	31.0	64	29.6
	eher rechts	38	9.1	2	1.0	1	0.5
	sehr rechts	3	0.7	20	9.9	18	8.3
	k. A.	98	23.4	53	26.1	45	20.9
	Σ	419	100.0	203	100.0	216	100.0

6 Ergebnisse

6.1 Deskriptive Daten

Tabelle 8 gibt einen Überblick über Mittelwerte und Standardabweichungen der einzelnen Items innerhalb der Skalen.

Tabelle 8: Deskriptive Daten – Distributive Gerechtigkeit und EU-Steuercompliance

Skala	Item		Schweden		Rumänien	
			<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>M</i>	<i>SD</i>
Distributive Gerechtigkeit	1	Bezogen auf die Gegenleistungen der EU ist die Höhe der Beiträge Schwedens [<i>Rumäniens</i>] gerecht.	4.21	1.16	4.00	1.33
	2	Verglichen mit den Beiträgen die Schweden [<i>Rumänien</i>] an die EU leistet, sind die Zahlungen die es von der EU erhält, gerecht.	4.19	1.16	3.95	1.39
	3	Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedstaaten der EU ist die Höhe der schwedischen [<i>rumänischen</i>] Beiträge gerecht.	4.30	1.11	4.16	1.24
	4	Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedstaaten der EU ist die Höhe der Zahlungen, die Schweden [<i>Rumänien</i>] von der EU erhält, gerecht.	4.18	1.09	4.11	1.35
Kollektive EU-Steuercompliance	1	Österreich und seine Bürger/innen sollten sich moralisch verpflichtet fühlen, die Beiträge an die EU zu zahlen.	3.66	1.87	3.82	1.98
	2	Österreich und seine Bürger/innen sollten bereitwillig ihren Anteil an die EU leisten.	3.93	1.75	4.10	1.87
	3	Es ist wichtig, dass Österreich seinen Beitrag an die EU leistet.	4.59	1.81	4.73	1.75
Individuelle EU-Steuercompliance	1	Ich würde die „Grauzonen“ im EU – Steuersystem möglichst optimal für mich ausnützen.	3.81	1.78	3.51	1.88
	2	Ich würde die Höhe meiner EU – Steuern aktiv im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten minimieren.	3.11	1.74	3.15	1.76
	3	Ich würde Schlupflöcher suchen, um meine EU – Steuerhöhe zu reduzieren.	3.95	1.91	3.71	1.95
Manipulationscheck Schweden	1	Österreich	5.81	1.06		
	2	Schweden	5.80	1.07		
Manipulationscheck Rumänien	1	Österreich			5.90	1.17
	2	Rumänien			3.44	1.45
Prototypikalität	1	Schweden [<i>Rumänien</i>] ist ein typisches EU - Land.	4.42	1.45	3.36	1.64
	2	Schweden [<i>Rumänien</i>] repräsentiert die EU.	4.13	1.51	2.99	1.61

6.2 Skalenbildung

Es wurden für jeden Fragenblock Faktorenanalysen (Hauptkomponentenanalysen mit Varimax Rotation) und Reliabilitätsanalysen durchgeführt. Der erklärte Varianzanteil der Skala distributive Gerechtigkeit ist bei Bezugnahme auf Schweden (88,33%), als auch bei Bezugnahme auf Rumänien (75,15%), hoch. In beiden Fällen weisen die Items hohe Ladungen auf einem Faktor auf. Die Daten für die Skala distributive Gerechtigkeit bei Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien weisen somit auf Eindimensionalität hin. Die Faktorladungen für die Skala distributive Gerechtigkeit sind in Tabelle 9 dargestellt.

Tabelle 9: Faktorladungen - Distributive Gerechtigkeit

Items	Faktorladungen bei Bezugnahme auf Schweden	Faktorladungen bei Bezugnahme auf Rumänien
1	0.95	0.88
2	0.94	0.87
3	0.92	0.84
4	0.94	0,84

In Bezug auf die Skala EU-Steuercompliance zeigte sich, dass die beiden Konstrukte kollektive und individuelle Steuercompliance gut diskriminiert werden. Für die beiden Faktoren ergibt sich eine erklärte Gesamtvarianz von 54,62%. Die Faktorladungen sind den Tabellen 10 und 11 zu entnehmen.

Tabelle 10: Faktorladungen - Kollektive EU-Steuercompliance

Items	Faktorladungen
1	0.92
2	0.94
3	0.90

Tabelle 11: Faktorladungen - Individuelle EU-Steuercompliance

Items	Faktorladungen
1	0.89
2	0.81
3	0.89

Auch die Skala Prototypikalität wurde für beide Gruppen mittels Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse) überprüft. Der erklärte Varianzanteil der Skala Prototypikalität ist bei Bezugnahme auf Schweden (85,05%), als auch bei Bezugnahme auf Rumänien (89.90%), hoch. In beiden Fällen weisen die Items hohe Ladungen auf einem Faktor auf. Die Faktorladungen sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 12: Faktorladungen - Prototypikalität

Items	Faktorladungen bei Bezugnahme auf Schweden	Faktorladungen bei Bezugnahme auf Rumänien
1	0.92	0.95
2	0.92	0.95

Des Weiteren wurden für jede Skala Reliabilitätsanalysen durchgeführt. Die Zuverlässigkeit der einzelnen Skalen ist hoch. Auf Basis der Ergebnisse kann angenommen werden, dass die Skalen die latenten Merkmale, die es zu messen gilt, gut abbilden. In Tabelle 13 sind deskriptive Statistik und Reliabilitäten der Skalen dargestellt:

Tabelle 13: Reliabilitäten und deskriptive Statistik der Skalen

Skala	<i>Cronbach Alpha</i>	Item-Anzahl	N	<i>M</i>	<i>SD</i>
Distributive Gerechtigkeit bei Bezug auf Schweden	0.96	4	203	4.22	1.06
Distributive Gerechtigkeit bei Bezug auf Rumänien	0.89	4	216	4.06	1.15
Kollektive EU-Steuercompliance	0.93	3	419	4.14	1.72
Individuelle EU-Steuercompliance	0.85	3	419	3.54	1.61
Prototypikalität bei Bezug auf Schweden	0.82	2	203	4.27	1.17
Prototypikalität bei Bezug auf Rumänien	0.88	2	216	3.17	1.54

Tabelle 14 gibt einen Überblick über die Korrelationen der Skalen. Leere Felder ergeben sich durch die Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien.

Tabelle 14: Korrelationen der Skalen

Skalen		1	2	3	4	5	6
1	Distributive Gerechtigkeit bei Bezug auf Schweden	1		0.44**	0.14*	0.14	
2	Distributive Gerechtigkeit bei Bezug auf Rumänien		1	0.41**	0.17*		0.43**
3	Kollektive EU-Steuercompliance	0.44**	0.41**	1	0.33**	0.32**	0.30**
4	Individuelle EU-Steuercompliance	0.14*	0.17*	0.33**	1	-0.14	0.19**
5	Prototypikalität bei Bezug auf Schweden	0.14		0.32**	-0.14	1	
6	Prototypikalität bei Bezug auf Rumänien		0.43**	0.30**	0.19**		1

*p < 0.05, **p < 0.01

6.3 Hypothesenprüfung

Im Folgenden wird die empirische Untersuchung der Hypothesen dargestellt. Es gilt die Annahme, dass die Daten intervallskaliert sind, da auf Basis der Daten nicht nur Rangordnungen gebildet werden können, sondern auch der Differenz zwischen zwei Werten empirische Bedeutung zukommt (Zöfel, 2003).

6.3.1 Manipulationscheck

Auch in der Hauptbefragung unterschieden sich die Mittelwerte der Bewertung von Schweden ($M = 5.80$, $SD = 1.07$) und Rumänien ($M = 3.44$, $SD = 1.45$) deutlich. Mittels Kolmogorov-Smirnov-Test konnte festgestellt werden, dass die Daten nicht normalverteilt sind ($Z = 6.38$, $p = 0.00$). Zur Prüfung der Mittelwertsunterschiede auf statistische Signifikanz wurde deshalb ein verteilungsfreies Verfahren, der Mann-Whitney-U-Test, durchgeführt. Das Ergebnis zeigt, dass sich die Mittelwerte auch in der Hauptbefragung signifikant unterscheiden ($Z = -14.09$, $p = 0.00$). Schweden wird somit signifikant positiver wahrgenommen als Rumänien.

6.3.2 Unterschiede in der Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit

Die Betrachtung der Mittelwerte (Schweden $M = 4.22$, $SD = 1.06$; Rumänien $M = 4.06$, $SD = 1.15$) legt bereits nahe, dass es kaum Unterschiede in der Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit bei Bezugnahme auf eines der beiden Länder gibt. Die Voraussetzungen für einen t-Test für unabhängige Stichproben können als erfüllt betrachtet werden. Nach Durchführung des Kolmogorov-Smirnov-Test ($Z = 0.85$, $p =$

0.47) konnte neben der Normalverteilung auch die Homogenität der Varianzen mittels Levene-Test bestätigt werden ($F = 0.18$, $p = 0.68$). Als abhängige Variable wurde die distributive Gerechtigkeitswahrnehmung definiert, welche durch die beiden unabhängigen Variablen, Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien, beeinflusst wird. Die Analyse der Daten ergab keinen statistisch signifikanten Unterschied in der Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit bei Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien ($T = 1.51$, $df = 416$, $p = 0.13$).

6.3.3 Zusammenhang zwischen Gerechtigkeitswahrnehmung und kollektiver bzw. individueller EU-Steuercompliance

Die Hypothesen 2a und c formulieren einen Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung und Bereitschaft zur EU-Steuercompliance auf kollektiver Ebene bei Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien. Distributive Gerechtigkeit wurde als unabhängige, EU-Steuercompliance als abhängige Variable definiert. Die Hypothesen wurden mittels bivariater Korrelationen nach Pearson untersucht. Die Voraussetzungen dafür, Intervallskalenniveau und Normalverteilung der Daten, sind erfüllt. Ersteres kann angenommen werden, letzteres wurde mittels Kolmogorov-Smirnov-Test überprüft (distributive Gerechtigkeit $Z = 0.85$, $p = 0.47$; kollektive EU-Steuercompliance $Z = 0.83$, $p = 0.50$; individuelle EU-Steuercompliance $Z = 0.70$, $p = 0.70$). Bei Bezugnahme auf Schweden und Rumänien konnte ein geringer, positiver Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung und kollektiver EU-Steuercompliance festgestellt

werden (Schweden $r = 0.44$, $p = 0.00$; Rumänien $r = 0.41$, $p = 0.00$). Beide Hypothesen können somit angenommen werden. Je distributiv gerechter die Verteilung der EU-Transferzahlungen bei Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien wahrgenommen wird, desto höher ist die Bereitschaft zur kollektiven EU-Steuercompliance.

Die Hypothesen 2b und d formulieren einen Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung und individueller EU-Steuercompliance. Die Überprüfung erfolgte auch in diesem Fall mittels bivariater Korrelation nach Pearson. Bei Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien konnte ebenso ein sehr geringer, positiver Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung und individueller Steuercompliance festgestellt werden (Schweden $r = 0.14$, $p = 0.04$; Rumänien $r = 0.17$, $p = 0.01$). Die Hypothesen 2b und d können somit angenommen werden. Je distributiv gerechter die Verteilung der EU-Transferzahlungen bei Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien wahrgenommen wird, desto höher ist die individuelle Steuercompliance. Die Interpretation des Korrelationskoeffizienten stützt sich auf dessen Einstufung nach Zöfel (2003).

7 Explorative Datenanalyse

Abschließend wurde eine explorative Datenanalyse durchgeführt, im Zuge derer untersucht wurde, ob Unterschiede in der Bereitschaft zur kollektiven und individuellen EU-Steuercompliance bei Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien bestehen. Außerdem wurde untersucht ob Prototypikalität den Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung und kollektiver bzw. individueller EU-Steuercompliance moderiert.

7.1 Unterschiede in der EU-Steuercompliance

Sowohl auf kollektiver (Schweden $M = 4.06$, $SD = 1.69$; Rumänien $M = 4.22$, $SD = 1.74$), als auch auf individueller Ebene (Schweden $M = 3.62$, $SD = 1.58$; Rumänien $M = 3.45$, $SD = 1.63$) ergeben sich nur geringe Unterschiede in den Mittelwerten. Zu deren Überprüfung auf signifikanten Unterschied wurde ein t-Test für unabhängige Stichproben durchgeführt. Die Voraussetzung Normalverteilung der Daten kann, wie in Punkt 6.3.3 dargestellt ist, als erfüllt angesehen werden. Auch die Homogenität der Varianzen konnte mittels Levene-Test sichergestellt werden (individuelle Steuercompliance $F = 0.25$, $p = 0.62$; kollektive Steuercompliance $F = 0.16$, $p = 0.69$). Individuelle bzw. kollektive EU-Steuercompliance stellen hier die abhängige Variable dar, Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien die unabhängige. Der t-Test für unabhängige Stichproben ergab keinen signifikanten Unterschied der Mittelwerte in kollektiver ($T = -0.96$, $df = 416$, $p = 0.34$) und individueller ($T = 1.10$, $df = 415$, $p = 0.28$) EU-Steuercompliance bei Bezugnahme auf Schweden bzw.

Rumänien. Aufgrund der vorliegenden Daten können somit keine Unterschiede in der kollektiven bzw. individuellen EU-Steuercompliance bei Bezugnahme auf Rumänien bzw. Schweden festgestellt werden.

7.2 Prototypikalität

Des Weiteren wurde untersucht ob Unterschiede in der Wahrnehmung der Prototypikalität von Schweden bzw. Rumänien vorliegen. Mittels Kolmogorov-Smirnov-Test konnte festgestellt werden, dass die Daten nicht normalverteilt sind ($Z = 2.88$, $p = 0.00$). Zur Prüfung der Mittelwertsunterschiede (Schweden $M = 4.28$, $SD = 1.37$; Rumänien $M = 3.17$, $SD = 1.54$) auf statistische Signifikanz wurde deshalb ein verteilungsfreies Verfahren, der Mann-Whitney-U-Test, durchgeführt. Das Ergebnis zeigt, dass sich die Mittelwerte signifikant unterscheiden ($Z = -6.60$; $p = 0.00$). Schweden wird demnach signifikant prototypischer für die EU wahrgenommen als Rumänien. Der Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung und Prototypikalität wurde aufgrund der fehlenden Normalverteilung der Daten mittels Rangkorrelation nach Spearman untersucht. Bei Bezugnahme auf Schweden konnte ein sehr geringer, bei Bezugnahme auf Rumänien ein geringer signifikanter Zusammenhang zwischen Prototypikalität und distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen festgestellt werden (Schweden $r = 0.16$, $p = 0.05$; Rumänien $r = 0.39$, $p = 0.00$). Die Interpretation des Korrelationskoeffizienten stützt sich auf dessen Einstufung nach Zöfel (2003).

Außerdem wurde mittels hierarchischer Regressionsanalyse überprüft ob Prototypikalität den Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen und kollektiver bzw. individueller EU-Steuercompliance moderiert. Im ersten Schritt wurden Geschlecht und Einkommen als unabhängige Kontrollvariablen festgelegt. Um Multikollinearität zu reduzieren, wurden die beiden Prädiktoren distributive Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen und Prototypikalität standardisiert bevor sie im zweiten Schritt als unabhängige Variablen festgelegt wurden. Im dritten und letzten Schritt wurde die Interaktion zwischen den beiden standardisierten Prädiktoren als unabhängige Variable hinzugefügt. Dies wurde für kollektive und individuelle EU-Steuercompliance als abhängige Variable durchgeführt. Das Vorgehen entspricht der Moderationsanalyse nach Baron und Kenny (1986). Die Voraussetzungen zur Durchführung der dargestellten Regressionsanalysen wurden wie folgt untersucht: Linearität und Homoskedastizität wurden mittels Streudiagramm überprüft. Autokorrelation der Residuen konnte mittels Durbin-Watson-Test (Schweden kollektive Steuercompliance $d = 1.83$, individuelle Steuercompliance $d = 1.80$; Rumänien kollektive Steuercompliance $d = 1.72$, individuelle Steuercompliance $d = 1.73$), starke Zusammenhänge zwischen den einzelnen Prädiktoren mittels Varianzinflationsfaktor (VIF), ausgeschlossen werden. Alle VIF-Werte liegen um 1. Nach Field (2009) ist bei einem Durbin-Watson-Wert um 2 eine Autokorrelation der Residuen, bei VIF-Werten unter 10, Multikollinearität auszuschließen.

Die Normalverteilung der Residuen wurde mittels Histogramm und P-P Plot überprüft und konnte als gegeben angesehen werden.

Bei Bezugnahme auf Schweden zeigte Schritt 1 keine signifikante Änderung in der Varianzaufklärung (kollektive EU-Steuercompliance $F(2,146) = 0.71$, $p = 0.15$, $\Delta R^2 = 0.03$; individuelle EU-Steuercompliance $F(2,146) = 0.71$, $p = 0.49$, $\Delta R^2 = 0.01$).

Schritt 2, mit distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung und Prototypikalität als Prädiktoren, zeigte signifikante Ergebnisse (kollektive EU-Steuercompliance $F(2,144) = 21.48$, $p = 0.00$, $\Delta R^2 = 0.22$; individuelle EU-Steuercompliance $F(2,144) = 4.85$, $p = 0.01$, $\Delta R^2 = 0.41$). Auf kollektiver Ebene ist dies sowohl auf distributive Gerechtigkeit ($\beta = 0.40$, $p = 0.00$), als auch Prototypikalität ($\beta = 0.25$, $p = 0.00$) zurückzuführen. Auf individueller Ebene ist lediglich die distributive Gerechtigkeitswahrnehmung ein signifikanter Prädiktor ($\beta = 0.23$, $p = 0.01$).

Distributive Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen und Prototypikalität haben demnach einen signifikanten Effekt auf kollektive EU-Steuercompliance. Bei individueller EU-Steuercompliance konnte lediglich ein signifikanter Effekt von distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung festgestellt werden.

Schritt 3 zeigte keine signifikante Änderung in der Varianzaufklärung (kollektive EU-Steuercompliance $F(1,143) = 0.10$, $p = 0.76$, $\Delta R^2 = 0.00$; individuelle EU-Steuercompliance $F(1,143) = 0.41$, $p = 0.52$, $\Delta R^2 = 0.00$). Ein Interaktionseffekt von distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen und Prototypikalität auf kollektive bzw. individuelle EU-Steuercompliance kann bei Bezugnahme auf Schweden, aufgrund der vorliegenden Daten, nicht angenommen werden (kollektive EU-Steuercompliance $\beta = 0.03$, $p = 0.76$; individuelle EU-

Steuercompliance $\beta = 0.06$, $p = 0.52$). Die Daten sind in den Tabellen 15 und 16 dargestellt.

Tabelle 15: Hierarchische Regressionsanalyse – Kollektive EU-Steuercompliance bei Bezug auf Schweden

Prädiktoren	<i>M</i>	<i>SD</i>	Schritt 1 β	Schritt 2 β	Schritt 3 β
Geschlecht	1.48	0.50	0.20	0.01	0.01
Einkommen	5.26	1.86	-0.03	-0.01	-0.02
Distributive Gerechtigkeit	0.00	1.00		0.40**	0.39**
Prototypikalität	0.00	1.00		0.25**	0.25**
Distributive Gerechtigkeit•Prototypikalität	0.10	1.10			0.03
R^2			0.03	0.25	0.25
ΔR^2			0.03	0.22	0.00
ΔF			1.90	21.50**	0.10
<i>df</i> 1			2	2	1
<i>df</i> 2			146	144	143

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

Tabelle 16: Hierarchische Regressionsanalyse – Individuelle EU-Steuercompliance bei Bezug auf Schweden

Prädiktoren	<i>M</i>	<i>SD</i>	Schritt 1 β	Schritt 2 β	Schritt 3 β
Geschlecht	1.48	0.50	0.01	-0.14	-0.14
Einkommen	5.26	1.86	0.00	0.00	-0.01
Distributive Gerechtigkeit	0.00	1.00		0.23**	0.21*
Prototypikalität	0.00	1.00		-0.13	0.12
Distributive Gerechtigkeit•Prototypikalität	0.10	1.10			0.06
R^2			0.01	0.07	0.08
ΔR^2			0.01	0.06	0.00
ΔF			0.71	4.85**	0.41
<i>df</i> 1			2	2	1
<i>df</i> 2			146	144	143

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

Bei Bezugnahme auf Rumänien zeigte Schritt 1 bei kollektiver EU-Steuercompliance keine signifikante Änderung in der Varianzaufklärung ($F(2,168) = 0.95$, $p = 0.39$, $\Delta R^2 = 0.01$). Schritt 2, mit distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung und Prototypikalität als Prädiktoren, zeigte signifikante Ergebnisse ($F(2,166) = 21.31$, $p = 0.00$, $\Delta R^2 = 0.20$). Dies ist sowohl auf distributive Gerechtigkeit ($\beta = 0.36$, $p = 0.00$), als auch Prototypikalität ($\beta = 0.15$, $p = 0.05$) zurückzuführen. Distributive Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen und Prototypikalität haben demnach einen signifikanten Effekt auf kollektive EU-Steuercompliance. Schritt 3 zeigte keine signifikante Änderung der Varianzaufklärung ($F(1,165) = 0.17$, $p = 0.68$, $\Delta R^2 = 0.00$). Ein Interaktionseffekt von distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen und Prototypikalität auf kollektive EU-Steuercompliance kann bei Bezugnahme auf Rumänien, aufgrund der vorliegenden Daten, nicht angenommen werden ($\beta = -0.04$, $p = 0.68$). Bei individueller EU-Steuercompliance zeigte Schritt 1 eine signifikante Änderung in der Varianzaufklärung ($F(2,168) = 3.82$, $p = 0.02$, $\Delta R^2 = 0.04$). Dies ist auf die unabhängige Kontrollvariable Geschlecht zurückzuführen ($\beta = -0.21$, $p = 0.01$). Das Geschlecht hat demnach einen Effekt auf individuelle Steuercompliance. Schritt 2 mit distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung und Prototypikalität als Prädiktoren zeigte ebenfalls signifikante Ergebnisse ($F(2,166) = 5.45$, $p = 0.01$, $\Delta R^2 = 0.06$). Dies ist auf Prototypikalität ($\beta = 0.18$, $p = 0.03$) zurückzuführen. Prototypikalität hat demnach einen signifikanten Effekt auf individuelle EU-Steuercompliance. Schritt 3 zeigte keine signifikante Änderung der Varianzaufklärung ($F(1,165) = 0.39$, $p = 0.53$, $\Delta R^2 = 0.00$). Ein Interaktionseffekt von distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen und

Prototypikalität auf individuelle EU-Steuercompliance kann bei Bezugnahme auf Rumänien. aufgrund der vorliegenden Daten, nicht angenommen werden ($\beta = -0,06$, $p = 0.53$). Die Tabellen 17 und 18 geben einen Überblick über die Daten.

Tabelle 17: Hierarchische Regressionsanalyse – Kollektive EU-Steuercompliance bei Bezug auf Rumänien

Prädiktoren	<i>M</i>	<i>SD</i>	Schritt 1 β	Schritt 2 β	Schritt 3 β
Geschlecht	1.43	0.50	-0.06	-0.07	-0.07
Einkommen	5.07	2.04	0.11	0.13	0.13
Distributive Gerechtigkeit	0.00	1.00		0.36**	0.34**
Prototypikalität	0.00	1.00		0.15*	0.16*
Distributive Gerechtigkeit•Prototypikalität	0.47	1.38			-0.04
R^2			0.01	0.21	0.21
ΔR^2			0.01	0.20	0.00
ΔF			0.95	21.31**	0.17
<i>df</i> 1			2	2	1
<i>df</i> 2			168	166	165

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

Tabelle 18: Hierarchische Regressionsanalyse – Individuelle EU-Steuercompliance bei Bezug auf Rumänien

Prädiktoren	<i>M</i>	<i>SD</i>	Schritt 1 β	Schritt 2 β	Schritt 3 β
Geschlecht	1.43	0.50	-0.21**	-0.22**	-0.21**
Einkommen	5.07	2.04	0.04	0.07	0.07
Distributive Gerechtigkeit	0.00	1.00		0.10	0.07
Prototypikalität	0.00	1.00		0.18*	0.19*
Distributive Gerechtigkeit•Prototypikalität	0.47	1.38			-0.06
R^2			0.04	0.10	0.10
ΔR^2			0.04	0.06	0.00
ΔF			3.82*	5.45**	0.39
<i>df</i> 1			2	2	1
<i>df</i> 2			168	166	165

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$

IV. Zusammenfassung und Diskussion

Die vorliegende Arbeit untersuchte den Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen und kollektiver bzw. (hypothetischer) individueller EU-Steuercompliance, bei Bezugnahme auf einen positiv konnotierten Nettozahler bzw. einen negativ konnotierten Nettoempfänger. Von besonderem Interesse war, ob sich durch diese Bezugnahme Unterschiede in der Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit der EU-Transferzahlungen und in weiterer Folge der EU-Steuercompliance ergeben. Dies wurde bisher nicht erforscht. Die Untersuchung stützt sich auf die Theorie der Selbstkategorisierung (Turner et al., 1987) und diesbezügliche Forschungsergebnisse im Kontext von distributiver Gerechtigkeit und Steuerforschung (Wenzel, 1997, 2004c, 2007; Taylor, 2003, Hartner et al., 2011; Hartner-Tiefenthaler et al., 2012). Mittels Vortest wurde ein positiv konnotiertes Nettozahlerland, Schweden, und ein negativ konnotiertes Nettoempfängerland, Rumänien, identifiziert. So konnte die länderspezifische Bezugnahme in der Hauptbefragung empirisch fundiert werden. Des Weiteren wurde im Rahmen des Vortests eine Skala vorgegeben, welche die Prototypikalität unterschiedlicher EU-Länder erfassen sollte und eigens konstruiert wurde. Die Skala wurde hinsichtlich ihrer Messgenauigkeit geprüft und kann als sehr kompakt und intern konsistent angesehen werden. Im Rahmen der Hauptuntersuchung wurden zwei verschiedene Onlinefragebögen vorgegeben. Diese unterschieden sich in ihrer Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien bei den Skalen distributive Gerechtigkeit und Prototypikalität. Die Studienteilnehmer/innen wurden mittels Zufallsauswahl einer der beiden Gruppen zugeordnet. Insgesamt wurden 419 berufstätige Österreicher/innen, 203 in Bezug auf Schweden und 216 in Bezug auf

Rumänien, zu ihrer Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit der EU-Transferzahlungen bei Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien befragt. Außerdem wurde die wahrgenommene Prototypikalität von Schweden bzw. Rumänien als EU-Mitgliedstaaten und die Bereitschaft zur kollektiven und individuellen EU-Steuercompliance erfasst.

Die Hypothese, dass die Verteilung der EU-Transferzahlungen bei Bezugnahme auf Rumänien weniger gerecht wahrgenommen wird als bei Bezugnahme auf Schweden, konnte aufgrund der vorliegenden Daten nicht bestätigt werden. Ein positiver Zusammenhang zeigte sich zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen bei Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien und kollektiver bzw. individueller EU-Steuercompliance.

Im Zuge einer explorativen Datenanalyse konnte gezeigt werden, dass keine Unterschiede in der individuellen und kollektiven EU-Steuercompliance bei Bezugnahme auf Rumänien bzw. Schweden vorliegen.

Des Weiteren wurde die Rolle der Prototypikalität im Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen und kollektiver bzw. individueller Steuercompliance untersucht. Es konnte gezeigt werden, dass Schweden signifikant prototypischer für die EU wahrgenommen wird als Rumänien. Ein signifikanter Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen und Prototypikalität konnte bei Bezugnahme auf Schweden und Rumänien festgestellt werden. Des Weiteren konnte festgestellt werden, dass sowohl distributive Gerechtigkeit der EU-Transferzahlungen als auch Prototypikalität Prädiktoren für kollektive EU-Steuercompliance sind. Bei individueller

Steuercompliance konnte für die Gruppe mit Bezugnahme auf Schweden lediglich die Wahrnehmung der distributiven Gerechtigkeit als Prädiktor identifiziert werden. Bei Bezugnahme auf Rumänien konnte gezeigt werden, dass Geschlecht und Prototypikalität einen signifikanten Einfluss auf individuelle Steuercompliance haben. Ein Interaktionseffekt der beiden Variablen, distributive Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen und Prototypikalität von Schweden bzw. Rumänien als EU-Mitgliedsland, kann Basis der vorliegenden Daten nicht bestätigt werden.

Es ist anzumerken, dass die vorliegende empirische Untersuchung keine Schlüsse auf kausale Zusammenhänge erlaubt. Kausalinterpretationen innerhalb der vorliegenden Studie resultieren aus dem dargestellten theoretischen Rahmen. Des Weiteren wurde im Zuge der Anmerkungen im Anschluss an den Fragebogen vermehrt rückgemeldet, dass zu wenig Wissen über die europäischen Transferzahlungen vorhanden sei um eine angemessene Beurteilung der distributiven Gerechtigkeit vornehmen zu können. Dies lässt eine Tendenz zur Mitte bei der Skala distributive Gerechtigkeit vermuten, die sich auch in den Daten widerspiegelt. Da die individuelle EU-Steuer nicht realisiert ist und keine Einflussnahme auf kollektiver Ebene möglich ist, konnte lediglich die Bereitschaft zur EU-Steuercompliance erfragt werden.

Die Ergebnisse legen nahe, dass mehr Transparenz und Informationen über die Verteilung des EU-Budgets wichtig sind, um eine Bewertung der distributiven Gerechtigkeit der EU-Transferleistungen seitens der EU-Bürger/innen zu ermöglichen bzw. zu verbessern. Die Betonung von Gemeinsamkeiten bzw. Ähnlichkeiten der EU-Mitgliedstaaten könnte die soziale Kategorisierung der

einzelnen Nationen als EU-Mitgliedstaaten fördern. Dies könnte sich, dem Modell des legitimen Anspruchs zu Folge (Wenzel, 1997) positiv auf die Gerechtigkeitswahrnehmung, Taylor (2003) zu Folge positiv auf die EU-Steuercompliance, auswirken.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurden Österreicher/innen über ihre Gerechtigkeitswahrnehmung bei Bezugnahme auf einen Nettozahler bzw. Nettoempfänger befragt. Gegenstand zukünftiger Forschung könnte der Vergleich einer Stichprobe aus einem Nettozahler- bzw. Nettoempfängerland sein. Ausgehend von der vorliegenden Untersuchung wäre es interessant, ob Rumänen/Rumäninnen, Schweden/Schwedinnen und Österreicher/innen die EU-Transferzahlungen unterschiedlich gerecht wahrnehmen.

V. Literaturverzeichnis

- Allingham, M. G., Sandmo, A. (1972). Income tax evasion: a theoretical analysis. *Journal of Public Economics*, 1 (3-4), 323-328.
- Alm, J., McClelland, G. H., Schulze, W. D. (1999). Changing the social norm of tax compliance by voting. *Kyklos*, 52 (2), 141-171.
- Andreoni, J., Erard, B., Feinstein, J. (1998). Tax Compliance. *Journal of Economic Literature*, 36 (2), 818-860.
- Austin, W., Hatfield, E. (1980). Equity-Theorie, Macht und soziale Gerechtigkeit. In G. Mikula (Hrsg.), *Gerechtigkeit und soziale Interaktion*. Bern: Huber.
- Baron, R.M., Kenny, D. A. (1986). The Moderator-Mediator Variable Distinction in Social Psychological Research: Conceptual, Strategic, and Statistical Considerations. *Journal of Personality and Social Psychology*, 51 (6), 1173-1182.
- Boycheva, N., (2013). *Negative vs. positive Outgroup - Der Effekt von sozialer Identität und outcome favorability auf distributive Gerechtigkeit*. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Universität Wien.
- Braithwaite, V., Ahmed, E. (2005). A threat of tax morale: The case of Australian higher education policy. *Journal of Economic Psychology*, 26 (4), 523-540.
- Bundesministerium für Finanzen (2012). *Steuern*. [online]. URL: https://www.bmf.gv.at/steuern/_start.htm [29.12.2012].
- Bundeszentrale für politische Bildung (2012). *Steuern*. [online]. URL: <http://www.bpb.de/izpb/147058/steuern-und-finanzen> [24.01.2012].

- Cropanzano, R., & Ambrose, M. L. (2001). Procedural and distributive justice are more similar than you think: A monistic perspective and a research agenda. In J. Greenberg & R. Cropanzano (Hrsg.), *Advances in organizational justice* (S. 119-151). Stanford: Stanford University Press.
- Deutsch, M. (1985). *Distributive Justice*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Europäische Kommission (2010). *Nettozahler und Nettoempfänger in der EU*. [online]. URL: http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/modul_07/Zusatzthemen/Pdf/Nettozahler.pdf [20.01.2013].
- F.A.Z.a (2012). *Politik*. [online]. URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/kommentar-europa-preisgekroent-11923303.html> [28.01.2013].
- F.A.Z.b (2012). *Wirtschaft*. [online]. URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eu-haushaltsmittel-rechnungshof-moniert-verschwendungen-von-milliarden-11951909.html> [28.01.2013].
- F.A.Z.c (2012). *Wirtschaft*. [online]. URL: <http://m.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/gemeinschaftsbudget-die-eu-kommission-fordert-eine-eigene-steuer-1880356.html> [28.01.2013].
- Feld, L. P., Schnellenbach, J. (2007). Das Finanzierungssystem der EU und die Nettozahlerdebatte. *Wirtschaftsdienst*, 87 (2), 114-120.
- Fetchenhauer, D., Bierhoff, H. W. (2004). Altruismus aus evolutionstheoretischer Perspektive. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 35 (3). 131-141.
- Field, A. (2009). *Discovering Statistics Using SPSS*. London: Sage Publications.
- Gintis, H., Bowles, S., Boyd, R., Fehr, E. (2003). Explaining altruistic behavior in humans. *Evolution und Human Behavior*, 24 (3). 153-172.

- Gintis, H., Bowles, S., Boyd, R., Fehr, E. (2005). *Moral Sentiments and Material Interests. The foundations of Cooperation in Economic Life*. London: The MIT Press.
- Hartner-Tiefenthaler, M., Rechberger, S., Kirchler, E., Wenzel, M. & Kubicek, B. (2012). Perceived Distributive Fairness of European Transfer Payments and EU-Taxes in Austria, Czech Republic and United Kingdom. *Applied Psychology: An International Review*, Vol.61 (3), 454-478.
- Hartner, M. (2009). *Tax compliance and the influence of just distribution of taxes and fair treatment of taxpayers*. Dissertation. Universität Wien.
- Hartner, M., Rechberger, S., Kirchler, E. & Wenzel, M. (2011). Perceived Distributive Fairness of EU Transfer Payments, Outcome Favorability, Identity, and EU-Tax Compliance. *Law & Policy*, 33 (1), 60-81.
- Herkner, W. (2001). *Lehrbuch Sozialpsychologie*. Bern: Huber.
- Hofmann, E., Hoelzl, E. & Kirchler, E. (2008). Predictions of voluntary tax compliance. *Journal of Psychology*, 216(4), 209-217.
- Homans, G. C. (1974). *Social Behavior: It's Elementary Forms*. New York: Harcourt Brace Jovanovich, Inc.
- James, S., Alley, C. (2002). Tax compliance, self-assessment and tax administration. *Journal of Finance and Management in Public Services*, 2 (2), 27-42.
- Kim, C. K. (2002). Does fairness matter in tax reporting behavior? *Journal of Economic Psychology*, 23 (6), 771-785.
- Kinsey, K. A., Grasmick, G. H., Smith, K. W. (1991). Framing Justice: Taxpayer evaluations of personal tax burdens. *Law and Society Review*, 25, 845-873.

- Kirchler, E. (1997). Balance Between Giving and Receiving: Tax Morality and Satisfaction with Fiscal Policy as They Relate to the Perceived Just Distribution of Public Resources. *Reitaku International Journal of Economic Studies*, 5 (1). 59-70.
- Kirchler, E. (2003). *Wirtschaftspsychologie – Grundlagen und Anwendungsfelder der ökonomischen Psychologie*. Göttingen: Hogrefe.
- Kirchler, E. (2007). *The Economic Psychology of Tax Behaviour*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Kirchler, E., Maciejovsky, B. (2002). Steuermoral und Steuerhinterziehung. In D. Frey und L. v. Rosenstiel (Hrsg.), *Enzyklopädie der Psychologie. Wirtschaftspsychologie*. Göttingen: Hogrefe.
- Kirchler, E., Maciejovsky, B., Schneider, F. (2003). Everyday representations of tax avoidance, tax evasion, and tax flight: Do legal differences matter? *Journal of Economic Psychology*, 24 (4), 535-553.
- Lea, S. E. G., Tarpy, R. M., Webley, P. (1987). *The Individual in the Economy. A Survey of Economic Psychology*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lerner, M. J., Whitehead, L. A. (1980). Verfahrensgerechtigkeit aus der Sicht der Gerechtigkeitsmotiv-Theorie. In G. Mikula (Hrsg.), *Gerechtigkeit und soziale Interaktion*. Bern: Huber.
- Leventhal, G. S. (1980). What should be done with equity theory? New approaches to the study of fairness in social relationships. In K. J. Gergen, M. S. Greenberg and R. H. Willis (Hrsg.), *Social Exchange* (S. 27-55). New York: Plenum.

- McBarnet, D. (2001). *When compliance is not the solution but the problem: From changes in law to changes in attitude*. Canberra: Australian National University, Centre for Tax System Integrity.
- Mikula, G. (1980). Einleitung: Thematische Schwerpunkte der psychologischen Gerechtigkeitsforschung. In G. Mikula (Hrsg.), *Gerechtigkeit und soziale Interaktion*. Bern: Huber.
- Mummendey, A., Wenzel, M. (1999). Social Discrimination and Tolerance in Intergroup Relations: Reaction to Intergroup Difference. *Personality and Social Psychology Review*, 3 (2), 158-174.
- Offizielle Homepage der Europäischen Union (2013). *Grundlegende Informationen über die europäische Union*. [online]. URL: http://europa.eu/about-eu/basic-information/index_de.htm [20.01.2013].
- Perelman, C. (1967). *Über die Gerechtigkeit*. München: Beck.
- Porcano, T. M. (1984). Distributive Justice and Tax Policy. *The Accounting Review*, 59 (4), 619-636.
- Schmölders, G. (1975). *Einführung in die Geld- und Finanzpsychologie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgemeinschaft.
- Sigala, M., Burgoyne, C. B., Webley, P. (1999). Tax Communication and Social Influence: Evidence from a British Sample. *Journal of Community & Applied Social Psychology*, 9, 237-241.
- Spicer, M. W., Becker, L. A. (1980). Fiscal Inequity and Tax Evasion: An Experimental Approach. *National Tax Journal*, 33 (2), 171-175.

- Stafford, L. (2008). Social exchange theories. In Baxter, L. (Hrsg.), Braithwaite, D. (Hrsg.), *Engaging theories in interpersonal communications: Multiple Perspectives* (S. 377-389). Thousand Oaks: Sage Publications.
- Taylor, N. (2003). Understanding Taxpayers Attitudes Through Understanding Taxpayers Identities. In V. Braithwaite (Hrsg.), *Taxing Democracy – Understanding tax avoidance and evasion* (S. 71-92). Aldershot: Ashgate.
- Torgler, B., Alm, J. (2011). Do Ethics Matter? Tax Compliance and Morality. *Journal of Business Ethics*, 101, 635-651.
- Torgler, B., Schneider F. (2007). What Shapes Attitudes Toward Paying Taxes? Evidence from Multicultural European Countries. *Social Science Quarterly*, 88 (2), 443-465.
- Trivedi, V. U., Shehata, M., Mestelman, S. (2005). Attitudes, incentives, and tax compliance. *Canadian Tax Journal*, (53) 1, 29-61.
- Turner, J.C., Hogg, M., Oakes, P. J., Reicher, S. D., Wetherell, M. S. (1987). *Rediscovering the social group. A self categorization theory*. Oxford: Blackwell.
- Verboon, P., Goslinga, S. (2009). The role of fairness in tax compliance. *Netherlands Journal of Psychology*, 65, 136-145.
- Wagener, H. J., Eger. T. (2009). *Europäische Integration. Wirtschaft und Recht, Geschichte und Politik*. München: Franz Vahlen GmbH.
- Walster, E., Berscheid, E., Walster, G. W. (1973). New directions in Equity research. *Journal of Personality and Social Psychology*, 25 (2), 151-176.
- Walzer, M. (1994). *Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*. Frankfurt am Main: Campus.

- Wenzel, M. (1997). *Soziale Kategorisierungen im Bereich distributiver Gerechtigkeit*. Münster: Waxmann.
- Wenzel, M. (2002). The Impact of Outcome Orientation and Justice Concerns on Tax Compliance: The Role of Taxpayers' Identity. *Journal of Applied Psychology*, 87 (4), 629-645.
- Wenzel, M. (2003a). Tax compliance and the psychology of justice: Mapping the field. In V. Braithwaite (Hrsg.), *Taxing democracy: Understand tax avoidance and tax evasion* (S. 41-69). Aldershot: Ashgate.
- Wenzel, M., Mummendey, A., Weber, U., Waldzus, S. (2003b). The Ingroup as Pars Pro Toto. Projection From the Ingroup Onto the Inclusive Category as a Precursor to Social Discrimination. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 29(4), 461-473.
- Wenzel, M. (2004a). An analysis of norm processes in tax compliance. *Journal of Economic Psychology*, 25 (2). 213-228.
- Wenzel, M. (2004b). A social categorization approach to distributive justice. *European Review of Social Psychology*, 15, 219-257.
- Wenzel, M. (2004c). Social Identification as a Determinant of Concerns about Individual-, Group-, and Inclusive-Level Justice. *Social Psychology Quarterly*, 67 (1), 70-87.
- Wenzel, M. (2007). The multiplicity of taxpayer identities and their implications for tax ethics. *Law & Policy*, 29 (1), 31-50.
- Zöfel, P. (2003). *Statistik für Psychologen*. München: Pearson Studium

VI. Anhang

Anhang A: Kurzfassung & Abstract

Kurzfassung

Die vorliegende Arbeit untersucht den Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen und kollektiver bzw. individueller EU-Steuercompliance bei Bezugnahme auf Schweden als Nettozahler und Rumänien als Nettoempfänger.

Im theoretischen Teil der Arbeit werden die Konstrukte Steuercompliance und distributive Gerechtigkeit definiert und ausgeführt. Dabei wird näher auf sozialpsychologische Faktoren der Steuercompliance, wie Steuermoral, soziale Normen, Altruismus und Gerechtigkeit eingegangen. Im weiteren Verlauf werden Equity- und Mehrprinzipienansätze, als zwei unterschiedliche theoretische Positionen hinsichtlich der Kriterien einer gerechten Verteilung dargestellt, bevor die Konzepte der distributiven Gerechtigkeit im Steuerkontext beschrieben werden. Austauschgerechtigkeit, horizontale und vertikale Gerechtigkeit werden erörtert. Anschließend wird die Selbstkategorisierungstheorie von Turner et al. (1987) beschrieben und im Kontext von distributiver Gerechtigkeit und Steuerforschung näher beleuchtet. Nachdem Wenzels Modell des legitimen Anspruchs (1997) als Kernkonzept der Beurteilung von distributiver Gerechtigkeit und die damit verbundene Rolle der Prototypikalität dargestellt wird, wird der Zusammenhang von distributiver Gerechtigkeit und (EU-)Steuercompliance beschrieben.

Im empirischen Teil der Arbeit werden die Methoden zur Untersuchung der Forschungsfragen dargestellt. Die Hypothesen betreffen den Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung der EU-Transferzahlungen und kollektiver bzw. individueller EU-Steuercompliance sowie diesbezügliche Unterschiede bei Bezugnahme auf Schweden und Rumänien. Abschließend werden die Ergebnisse dargestellt. Es konnten keine signifikanten Unterschiede in der Gerechtigkeitswahrnehmung bei Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien festgestellt werden. Ein positiver Zusammenhang zwischen distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung und Steuercompliance konnte auf kollektiver Ebene, in geringerem Maß auch auf individueller Ebene, festgestellt werden. Außerdem wurde die im Vortest vorgegebene Skala Prototypikalität hinsichtlich ihrer Messgenauigkeit überprüft. Diese kann als sehr kompakt und intern konsistent angesehen werden.

Des Weiteren wurde im Zuge einer explorativen Datenanalyse gezeigt, dass keine Unterschiede in der kollektiven bzw. individuellen Steuercompliance bei Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien bestehen. Es konnte außerdem gezeigt werden, dass Schweden als prototypischer für die EU wahrgenommen wird als Rumänien und dass ein positiver Zusammenhang zwischen Prototypikalität und distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung besteht. Ein Interaktionseffekt, von distributiver Gerechtigkeitswahrnehmung und Prototypikalität im Zusammenhang mit kollektiver bzw. individueller Steuercompliance, kann aufgrund der vorliegenden Daten nicht angenommen werden.

Abstract

This study investigates the correlation between the perception of distributive justice with regard to EU-transfer payments focusing on Sweden, a net contributor, and Romania, a net receiver, and collective and individual EU-tax compliance. The theoretical section of this thesis defines and reconsiders elements of distributive justice and tax compliance. Sociopsychological influencing factors, such as, moral attitudes towards taxes, social norms, altruism, and justice are discussed. Furthermore, two theoretical positions about the criteria employed for fair distribution, and the concepts of distributive justice as it relates to taxes are described. The study is particularly focused on the concepts of exchange equity, horizontal and vertical fairness. Subsequently, the Self-Categorization Theory from Turner et al. (1987), is delineated and put in the context of distributive justice and tax research. After introducing Wenzels model of legitimate entitlements (1997), as the core concept in judging distributive justice and the role of prototypicality, the correlation between distributive justice and tax compliance is further examined.

The empirical part of the thesis demonstrates the methodic procedure. The hypotheses feature the correlation between the perception of distributive justice of EU-transfer payments referencing Sweden and Romania and collective and individual EU-tax compliance. The results are thoroughly examined.

In conclusion, analysis indicates there are no significant differences in the justice perception of EU-transfer payments with regard to Sweden or Romania. A positive correlation between justice perceptions and EU-tax compliance is assumed on the collective and individual level. Similarly, there appears to be no significant differences in collective or individual EU-tax compliance in reference to Sweden or Romania. Furthermore a practical scale for prototypicality is introduced. There is indication that Sweden is perceived as more prototypical of the EU than Romania and that there exists a positive correlation between prototypicality and the perception of distributive justice. It could be shown, that there is no interaction effect between the perception of distributive justice of EU-transfer payments and prototypicality. Lastly, the results are summarized, categorized, and discussed for easy reference.

Anhang B: Screenshots Fragebogen - Vortest

Es sei darauf hingewiesen, dass der Fragebogen in Zusammenarbeit mit einer Kollegin im Zuge ihrer Diplomarbeit (Boytscheva, 2013) erstellt wurde und deshalb Items enthält, die für die vorliegende Untersuchung nicht relevant sind.

0% ausgefüllt

Liebe Teilnehmerin, lieber Teilnehmer!

Herzlichen Dank für Ihr Interesse an dieser Studie teilzunehmen.

Im Rahmen unserer Diplomarbeit am Institut für Angewandte Psychologie der Universität Wien führen wir eine Fragebogenstudie zum Thema Gerechtigkeitswahrnehmung der EU - Transferzahlungen durch.

Wir bitten Sie die folgenden Fragen offen und ehrlich zu beantworten. Es gibt keine richtigen bzw. falschen Antworten. Es geht bei diesen Fragestellungen auch nicht darum Wissen abzufragen sondern um Ihre persönliche Meinung bzw. Wahrnehmung zum Thema.

Zu verschiedenen Ländern werden die gleichen Fragen vorgegeben. Wir bitten Sie dennoch, den Fragebogen bis zum Schluss konzentriert zu bearbeiten. Ihre Angaben werden von uns streng vertraulich und anonym behandelt und keinesfalls an Dritte weitergegeben.

Die Beantwortung des Fragebogens dauert etwa 10 Minuten.

Bitte lesen Sie sich die folgenden Fragen durch und kreuzen Sie jene Antwort an, die am ehesten Ihrer Meinung und Einstellung entspricht.

Herzlichen Dank für Ihre Mithilfe!

Nadia Boytscheva & Christina Helmelt

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

17% ausgefüllt

1. Wie beurteilen Sie folgende Länder?

Bitte geben Sie an in welchem Ausmaß Sie die unterschiedlichen Länder als negativ bzw. positiv beurteilen. (- 3 sehr negativ bis + 3 sehr positiv)

Griechenland

-3	-2	-1	0	1	2	3
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Schweden

-3	-2	-1	0	1	2	3
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Luxemburg

-3	-2	-1	0	1	2	3
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Irland

-3	-2	-1	0	1	2	3
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Spanien

-3	-2	-1	0	1	2	3
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Niederlande

-3	-2	-1	0	1	2	3
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Polen

-3	-2	-1	0	1	2	3
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Belgien

-3	-2	-1	0	1	2	3
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Österreich

-3	-2	-1	0	1	2	3
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Rumänien

-3	-2	-1	0	1	2	3
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Dänemark

-3	-2	-1	0	1	2	3
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Deutschland

-3	-2	-1	0	1	2	3
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Finnland

-3	-2	-1	0	1	2	3
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Portugal

-3	-2	-1	0	1	2	3
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Großbritannien

-3	-2	-1	0	1	2	3
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

33% ausgefüllt

Die Europäische Union wird durch Beiträge der Mitgliedstaaten finanziert. Diese werden unter Anderem durch die Steuerzahlungen der BürgerInnen dieser Staaten gedeckt. Große Teile des EU – Budgets fließen wieder zurück in die Mitgliedstaaten. Bedenken Sie dies, wenn Sie folgende Aussagen durchlesen.

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

50% ausgefüllt

2. Bitte lesen Sie sich die folgenden Aussagen durch. Geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie jeder Aussage zustimmen bzw. diese ablehnen. (1 stimme gar nicht zu – 7 stimme völlig zu)

	1	2	3	4	5	6	7
Die Höhe der Beiträge an die EU ist unter den Mitgliedsstaaten gerecht verteilt.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Zahlungen von der EU sind unter den Mitgliedsstaaten gerecht verteilt.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

67% ausgefüllt

3. Geben Sie bitte an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen zustimmen bzw. diese ablehnen. (1 stimme gar nicht zu – 7 stimme völlig zu)

	1	2	3	4	5	6	7
Bezogen auf die Gegenleistungen der EU ist die Höhe der Beiträge Schwedens gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Verglichen mit den Beiträgen, die Schweden an die EU leistet, sind die Zahlungen, die es von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der schwedischen Beiträge gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedstaaten der EU ist die Höhe der Zahlungen, die Schweden von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Schweden ist ein typisches EU – Land.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Schweden ist repräsentativ für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Schweden ist charakteristisch für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

4. Geben Sie bitte an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen zustimmen bzw. diese ablehnen. (1 stimme gar nicht zu – 7 stimme völlig zu)

	1	2	3	4	5	6	7
Bezogen auf die Gegenleistungen der EU ist die Höhe der Beiträge der Niederlande gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Verglichen mit den Beiträgen, die die Niederlande an die EU leistet, sind die Zahlungen, die es von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der niederländischen Beiträge gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedstaaten der EU ist die Höhe der Zahlungen, die die Niederlande von der EU erhalten, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Niederlande sind ein typisches EU – Land.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Niederlande sind repräsentativ für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Niederlande sind charakteristisch für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

5. Geben Sie bitte an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen zustimmen bzw. diese ablehnen. (1 stimme gar nicht zu – 7 stimme völlig zu)

	1	2	3	4	5	6	7
Bezogen auf die Gegenleistungen der EU ist die Höhe der Beiträge Belgiens gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Verglichen mit den Beiträgen, die Belgien an die EU leistet, sind die Zahlungen, die es von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der belgischen Beiträge gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedstaaten der EU ist die Höhe der Zahlungen, die Belgien von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Belgien ist ein typisches EU – Land.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Belgien ist repräsentativ für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Belgien ist charakteristisch für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

6. Geben Sie bitte an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen zustimmen bzw. diese ablehnen. (1 stimme gar nicht zu – 7 stimme völlig zu)

	1	2	3	4	5	6	7
Bezogen auf die Gegenleistungen der EU ist die Höhe der Beiträge Spaniens gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Verglichen mit den Beiträgen, die Spanien an die EU leistet, sind die Zahlungen, die es von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der spanischen Beiträge gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedstaaten der EU ist die Höhe der Zahlungen, die Spanien von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Spanien ist ein typisches EU – Land.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Spanien ist repräsentativ für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Spanien ist charakteristisch für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

7. Geben Sie bitte an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen zustimmen bzw. diese ablehnen. (1 stimme gar nicht zu – 7 stimme völlig zu)

	1	2	3	4	5	6	7
Bezogen auf die Gegenleistungen der EU ist die Höhe der Beiträge Griechenlands gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Verglichen mit den Beiträgen, die Griechenland an die EU leistet, sind die Zahlungen, die es von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der griechischen Beiträge gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedstaaten der EU ist die Höhe der Zahlungen, die Griechenland von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Griechenland ist ein typisches EU – Land.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Griechenland ist repräsentativ für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Griechenland ist charakteristisch für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

8. Geben Sie bitte an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen zustimmen bzw. diese ablehnen. (1 stimme gar nicht zu – 7 stimme völlig zu)

	1	2	3	4	5	6	7
Bezogen auf die Gegenleistungen der EU ist die Höhe der Beiträge Finnlands gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Verglichen mit den Beiträgen, die Finnland an die EU leistet, sind die Zahlungen, die es von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der finnischen Beiträge gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedstaaten der EU ist die Höhe der Zahlungen, die Finnland von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Finnland ist ein typisches EU – Land.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Finnland ist repräsentativ für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Finnland ist charakteristisch für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

9. Geben Sie bitte an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen zustimmen bzw. diese ablehnen. (1 stimme gar nicht zu – 7 stimme völlig zu)

	1	2	3	4	5	6	7
Bezogen auf die Gegenleistungen der EU ist die Höhe der Beiträge Österreichs gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Verglichen mit den Beiträgen, die Österreich an die EU leistet, sind die Zahlungen, die es von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der österreichischen Beiträge gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der Zahlungen, die Österreich von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Österreich ist ein typisches EU – Land.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Österreich ist repräsentativ für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Österreich ist charakteristisch für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

10. Geben Sie bitte an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen zustimmen bzw. diese ablehnen. (1 stimme gar nicht zu – 7 stimme völlig zu)

	1	2	3	4	5	6	7
Bezogen auf die Gegenleistungen der EU ist die Höhe der Beiträge Irlands gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Verglichen mit den Beiträgen, die Irland an die EU leistet, sind die Zahlungen, die es von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der irischen Beiträge gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der Zahlungen, die Irland von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Irland ist ein typisches EU – Land.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Irland ist repräsentativ für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Irland ist charakteristisch für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

11. Geben Sie bitte an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen zustimmen bzw. diese ablehnen. (1 stimme gar nicht zu – 7 stimme völlig zu)

	1	2	3	4	5	6	7
Bezogen auf die Gegenleistungen der EU ist die Höhe der Beiträge Großbritanniens gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Verglichen mit den Beiträgen, die Großbritannien an die EU leistet, sind die Zahlungen, die es von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der britischen Beiträge gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der Zahlungen, die Großbritannien von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Großbritannien ist ein typisches EU – Land.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Großbritannien ist repräsentativ für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Großbritannien ist charakteristisch für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

12. Geben Sie bitte an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen zustimmen bzw. diese ablehnen. (1 stimme gar nicht zu – 7 stimme völlig zu)

	1	2	3	4	5	6	7
Bezogen auf die Gegenleistungen der EU ist die Höhe der Beiträge Dänemarks gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Verglichen mit den Beiträgen, die Dänemark an die EU leistet, sind die Zahlungen, die es von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der dänischen Beiträge gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der Zahlungen, die Dänemark von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Dänemark ist ein typisches EU – Land.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Dänemark ist repräsentativ für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Dänemark ist charakteristisch für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

13. Geben Sie bitte an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen zustimmen bzw. diese ablehnen. (1 stimme gar nicht zu – 7 stimme völlig zu)

	1	2	3	4	5	6	7
Bezogen auf die Gegenleistungen der EU ist die Höhe der Beiträge Polens gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Verglichen mit den Beiträgen, die Polen an die EU leistet, sind die Zahlungen, die es von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der polnischen Beiträge gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedstaaten der EU ist die Höhe der Zahlungen, die Polen von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Polen ist ein typisches EU – Land.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Polen ist repräsentativ für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Polen ist charakteristisch für die EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

83% ausgefüllt

14. Bitte geben Sie Ihr Geschlecht an.

- ☐ weiblich
- ☐ männlich

Wie alt sind Sie? Jahre

15. Bitte geben Sie Ihre Nationalität an.

- ☐ Österreich
- ☐ Deutschland
- ☐ Sonstige

16. In welchem Bundesland leben Sie?

- ☐ Wien
- ☐ Niederösterreich
- ☐ Burgenland
- ☐ Steiermark
- ☐ Salzburg
- ☐ Oberösterreich
- ☐ Tirol
- ☐ Vorarlberg
- ☐ Kärnten
- ☐ Ich wohne nicht in Österreich.

17. Welchen Bildungsabschluss haben Sie?

Bitte wählen Sie den höchsten Bildungsabschluss, den Sie bisher erreicht haben.

- ☐ Pflichtschule ohne Abschluss
- ☐ Pflichtschule
- ☐ Lehrabschluss (Berufsschule)
- ☐ Berufsbildende mittlere Schule (ohne Berufsschule)
- ☐ Allgemeinbildende Höhere Schule
- ☐ Berufsbildende Höhere Schule
- ☐ Hochschule, Kolleg
- ☐ Fachhochschule
- ☐ Universität
- ☐ Sonstige

18. Was machen Sie beruflich?

- ☐ voll berufstätig auf selbständiger Basis
- ☐ teilweise berufstätig auf selbständiger Basis
- ☐ voll berufstätig im Angestelltenverhältnis
- ☐ teilweise berufstätig im Angestelltenverhältnis
- ☐ Lehrling
- ☐ (vorübergehend) arbeitslos
- ☐ Pensionist(in)/ Rentner(in)
- ☐ Einkommen ohne Berufsausübung (z. B. Waisenpension/ Karenz/ Witwenpension o. Ä.)
- ☐ im Haushalt tätig ohne eigenes Einkommen
- ☐ in Schul-/ Hochschulausbildung
- ☐ keine Angabe

19. Welche berufliche Stellung haben Sie derzeit?

- ☐ freie Berufe (z. B. ÄrztInnen, KünstlerInnen, ArchitektInnen – NICHT angestellt)
- ☐ InhaberInnen, GeschäftsführerInnen, DirektorInnen von größeren Firmen, Geschäften und Unternehmen
- ☐ InhaberInnen, GeschäftsführerInnen, DirektorInnen von kleineren Firmen, Geschäften und Unternehmen
- ☐ nicht leitende Angestellte
- ☐ qualifizierte Angestellte
- ☐ leitende Angestellte
- ☐ nicht leitende Beamte
- ☐ qualifizierte Beamte
- ☐ leitende Beamte
- ☐ selbständige LandwirtInnen
- ☐ un-/ angelernte ArbeiterInnen
- ☐ FacharbeiterInnen/ Lehrling
- ☐ MeisterInnen/ VorarbeiterInnen
- ☐ keine Angabe

20. In welcher Branche sind Sie tätig?

- ☐ Land- und Forstwirtschaft
- ☐ Sachgütererzeugung
- ☐ Energie- und Wasserversorgung
- ☐ Bauwesen
- ☐ Handel
- ☐ Gastronomie
- ☐ Verkehr und Telekommunikation
- ☐ Kredit- und Versicherungswesen
- ☐ Immobilienwesen
- ☐ öffentliche Verwaltung
- ☐ Unterrichtswesen
- ☐ Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
- ☐ Dienstleistungen
- ☐ keine Angabe

21. Wie hoch ist Ihr monatliches Nettoeinkommen im Durchschnitt?

- ☐ bis € 750
- ☐ € 750 bis unter € 1100
- ☐ € 1100 bis unter € 1500
- ☐ € 1500 bis unter € 1700
- ☐ € 1700 bis unter € 2000
- ☐ € 2000 bis unter € 2300
- ☐ € 2300 bis unter € 2600
- ☐ € 2600 bis unter € 3000
- ☐ € 3000 bis unter € 3500
- ☐ über € 3500
- ☐ keine Angabe

22. Möchten Sie zu dieser Befragung noch etwas anmerken?

Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme!

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

Anhang C: Screenshots - Fragebogen

Es wurden zwei verschiedene Versionen des Fragebogens vorgegeben. Hier sei eine davon dargestellt. Die Fassungen unterscheiden sich lediglich hinsichtlich der Bezugnahme auf Schweden bzw. Rumänien. Es sei darauf hingewiesen, dass der Fragebogen in Zusammenarbeit mit einer Kollegin im Zuge ihrer Diplomarbeit (Boytscheva, 2013) erstellt wurde und deshalb Items enthält, die für die vorliegende Untersuchung nicht relevant sind.

0% ausgefüllt

**Liebe Teilnehmerin,
lieber Teilnehmer!**

Herzlichen Dank für Ihr Interesse an dieser Studie teilzunehmen.

Im Rahmen unserer Diplomarbeit am Institut für Angewandte Psychologie der Universität Wien führen wir eine Fragebogenstudie zum Thema Gerechtigkeitswahrnehmung der EU - Transferzahlungen durch.

Wir bitten Sie die folgenden Fragen offen und ehrlich zu beantworten. Es gibt keine richtigen bzw. falschen Antworten. Es geht bei diesen Fragestellungen auch nicht darum Wissen abzufragen, sondern um Ihre **persönliche Meinung bzw. Wahrnehmung zum Thema**.

Wir bitten Sie den Fragebogen bis zum Schluss konzentriert zu bearbeiten. Ihre Angaben werden von uns streng vertraulich und anonym behandelt und keinesfalls an Dritte weitergegeben.

Die Beantwortung des Fragebogens dauert etwa 5 bis 7 Minuten.

Bitte lesen Sie sich die folgenden Fragen durch und kreuzen Sie jene Antwort an, die am ehesten Ihrer Meinung und Einstellung entspricht.

Danke für Ihre Mithilfe!

Christina Helmelt
Nadia Boytscheva

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

6% ausgefüllt

1. Bitte lesen Sie die folgenden Aussagen durch und geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie jeder Aussage zustimmen oder diese ablehnen (stimme gar nicht zu – stimme völlig zu).

	stimme gar nicht zu									stimme völlig zu
Wenn die Österreicher/innen gelobt werden, freue ich mich.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Ich bin ein/e typische/r Österreicher/in	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Ich identifiziere mich mit Österreich	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Ich fühle mich eng mit den anderen Österreicher/innen verbunden.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Ich bin gerne Österreicher/in.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

13% ausgefüllt

2. Bitte lesen Sie die folgenden Aussagen durch und geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie jeder Aussage zustimmen oder diese ablehnen (stimme gar nicht zu – stimme völlig zu).

	stimme gar nicht zu									stimme völlig zu
Ich bin gerne EU-Bürger/in.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Wenn die EU-Bürger/innen gelobt werden, freue ich mich.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Ich gehöre zu den EU-Bürger/innen.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Ich identifiziere mich mit der EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Ich fühle mich eng mit den anderen EU-Bürger/innen verbunden.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

19% ausgefüllt

3. Wie beurteilen Sie folgende Länder? [B701]

Bitte geben Sie an in welchem Ausmaß Sie die unterschiedlichen Länder als negativ bzw. positiv beurteilen (- 3 sehr negativ bis + 3 sehr positiv).

	-3	-2	-1	0	1	2	3
Österreich	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Schweden	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

25% ausgefüllt

Die Europäische Union wird durch Beiträge der Mitgliedstaaten finanziert. Diese werden unter anderem durch die Steuerzahlungen der BürgerInnen dieser Staaten gedeckt. Große Teile des EU – Budgets fließen wieder zurück in die Mitgliedstaaten.

Bedenken Sie dies, wenn Sie folgende Aussagen durchlesen. Geben Sie bitte an, in welchem Ausmaß Sie jeder Aussage zustimmen oder diese ablehnen (stimme gar nicht zu – stimme völlig zu). Es ist hier Ihre persönliche Wahrnehmung bzw. Meinung zum Thema gefragt.

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

31% ausgefüllt

4. Bitte lesen Sie die folgenden Aussagen durch und geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie jeder Aussage zustimmen oder diese ablehnen (stimme gar nicht zu – stimme völlig zu). [B501]

	stimme gar nicht zu									stimme völlig zu
Schweden ist ein Nettozahlerland.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Langfristig gesehen wird Schweden von der Mitgliedschaft in der EU profitieren.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Schweden zahlt mehr an die EU als es von der EU erhält.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die schwedischen Mitgliedsbeiträge an die EU sind höher als die Zahlungen, die Schweden von der EU erhält.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die EU ist langfristig als gute Investition für Schweden anzusehen.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Insgesamt profitiert Schweden von den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der EU.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

38% ausgefüllt

5. Bitte lesen Sie die folgenden Aussagen durch und geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie jeder Aussage zustimmen oder diese ablehnen (stimme gar nicht zu – stimme völlig zu). [A802]

	stimme gar nicht zu									stimme völlig zu
Bezogen auf die Gegenleistungen der EU ist die Höhe der Beiträge Schweden gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Verglichen mit den Beiträgen, die Schweden an die EU leistet, sind die Zahlungen, die es von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der schwedische Beiträge gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedstaaten der EU ist die Höhe der Zahlungen, die Schweden von der EU erhält, gerecht.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

44% ausgefüllt



6. Bitte lesen Sie die folgenden Aussagen durch und geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie jeder Aussage zustimmen oder diese ablehnen (stimme gar nicht zu – stimme völlig zu). [A301]

	stimme gar nicht zu	stimme völlig zu
Die österreichischen Mitgliedsbeiträge an die EU sind höher als die Zahlungen, die Österreich von der EU erhält.	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐	
Österreich ist ein Nettozahlerland.	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐	
Langfristig gesehen wird Österreich von der Mitgliedschaft in der EU profitieren.	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐	
Österreich zahlt mehr an die EU als es von der EU erhält.	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐	
Die EU ist langfristig als gute Investition für Österreich anzusehen.	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐	
Insgesamt profitiert Österreich von den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der EU.	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐	

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

50% ausgefüllt



7. Bitte lesen Sie die folgenden Aussagen durch und geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie jeder Aussage zustimmen oder diese ablehnen (stimme gar nicht zu – stimme völlig zu). [A701]

	stimme gar nicht zu	stimme völlig zu
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedstaaten der EU ist die Höhe der Zahlungen, die Österreich von der EU erhält, gerecht.	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐	
Bezogen auf die Gegenleistungen der EU ist die Höhe der Beiträge Österreichs gerecht.	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐	
Bezogen auf vergleichbare andere Mitgliedsstaaten der EU ist die Höhe der österreichischen Beiträge gerecht.	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐	
Verglichen mit den Beiträgen, die Österreich an die EU leistet, sind die Zahlungen, die es von der EU erhält, gerecht.	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐	

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

56% ausgefüllt



8. Bitte lesen Sie die folgenden Aussagen durch und geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie jeder Aussage zustimmen oder diese ablehnen (stimme gar nicht zu – stimme völlig zu). [A401]

	stimme gar nicht zu									stimme völlig zu
Die Zahlungen von der EU sind unter den Mitgliedsstaaten gerecht verteilt.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Höhe der Beiträge an die EU ist unter den Mitgliedsstaaten gerecht verteilt.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Insgesamt sind die Zahlungsflüsse von der EU und an die EU gerecht verteilt.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

63% ausgefüllt



9. Bitte lesen Sie die folgende Aussage durch und geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie dieser Aussage zustimmen oder diese ablehnen (trifft gar nicht zu – trifft völlig zu). [B301]

	trifft gar nicht zu									trifft völlig zu
Ich weiss sehr gut über die Europäische Union und ihre Aufgaben Bescheid.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Ich bin sehr gut über die EU informiert.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Ich verfolge regelmäßig die Nachrichten zum Thema EU und Europa.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

69% ausgefüllt

10. Bitte lesen Sie sich jede der folgenden Aussagen durch und geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie jeder Aussage zustimmen oder diese ablehnen (stimme gar nicht zu-stimme völlig zu). [A602]

	stimme gar nicht zu									stimme völlig zu
Es ist wichtig, dass Österreich seinen Beitrag an die EU leistet.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Österreich und seine Bürger/innen sollten sich moralisch verpflichtet fühlen, die Beiträge an die EU zu zahlen.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Österreich und seine Bürger/innen sollten bereitwillig ihren Anteil an die EU leisten.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

75% ausgefüllt

11. Stellen Sie sich vor, es gäbe eine direkte europäische Steuer. Ein Teil ihrer Lohn- bzw. Einkommenssteuer wird nicht an Österreich, sondern direkt an die EU gezahlt, die Steuern an den österreichischen Staat werden entsprechend verringert. [B101]

Bitte lesen Sie sich jede der folgenden Aussagen durch und geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie den Aussagen, zu dieser möglichen EU Steuer, zustimmen oder diese ablehnen. (stimme gar nicht zu-stimme völlig zu)

	stimme gar nicht zu									stimme völlig zu
Ich würde die Höhe meiner EU-Steuern aktiv im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten minimieren.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Ich würde Schlupflöcher suchen, um meine EU-Steuerhöhe zu reduzieren.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Ich würde die „Grauzonen“ im EU-Steuersystem möglichst optimal für mich ausnützen.	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at



Ich bin Jahre

17. In welchem Bundesland wohnen Sie? [SD07]

- ☐ Wien
- ☐ Vorarlberg
- ☐ Tirol
- ☐ Salzburg
- ☐ Oberösterreich
- ☐ Kärnten
- ☐ Steiermark
- ☐ Burgenland
- ☐ Niederösterreich
- ☐ Ich wohne nicht in Österreich, sondern in

18. Bitte geben Sie Ihre höchste abgeschlossene Schulbildung an: [SD08]

- ☐ Pflichtschule ohne Abschluss
- ☐ Pflichtschule
- ☐ Lehrabschluss (Berufsschule)
- ☐ Berufsbildende mittlere Schule (ohne Berufsschule)
- ☐ Allgemeinbildende höhere Schule
- ☐ Berufsbildende höhere Schule
- ☐ Kolleg
- ☐ Fachhochschule
- ☐ Universität
- ☐ Sonstige, und zwar

19. Sind Sie derzeit berufstätig? [SD09]

- ☐ voll berufstätig auf angestellter Basis
- ☐ teilweise berufstätig auf angestellter Basis
- ☐ voll berufstätig auf selbständiger Basis
- ☐ teilweise berufstätig auf selbständiger Basis
- ☐ Lehrling
- ☐ (vorübergehend) arbeitslos
- ☐ Pensionist(in) / Rentner(in)
- ☐ Einkommen ohne Berufstätigkeit (z.B. Alimente/ Witwenpension/ Waisenpension/ Karenz)
- ☐ im Haushalt tätig ohne eigenes Einkommen
- ☐ in Schul-/ Hochschulausbildung
- ☐ keine Angabe

20. In welcher Branche sind Sie tätig? [SD12]

- ☐ Land- und Forstwirtschaft
- ☐ Sachgütererzeugung
- ☐ Energie- und Wasserversorgung
- ☐ Bauwesen
- ☐ Handel
- ☐ Gastronomie und Tourismus
- ☐ Verkehr und Telekommunikation
- ☐ Bank- und Versicherungswesen
- ☐ Immobilienwesen
- ☐ Öffentliche Verwaltung
- ☐ Unterrichtswesen
- ☐ Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
- ☐ sonstige Dienstleistungen
- ☐ Sonstiges
- ☐ keine Angabe

21. Wie hoch ist Ihr monatliches Nettoeinkommen im Durchschnitt? [SD11]

Gemeint ist der Betrag, der sich aus allen Einkünften zusammensetzt und nach Abzug von Steuern und Sozialversicherung übrig bleibt.

- ☐ unter 374 €
- ☐ 374 € bis unter 500 €
- ☐ 500 € bis unter 1000 €
- ☐ 1000 € bis unter 1500 €
- ☐ 1500 € bis unter 2000 €
- ☐ 2000 € bis unter 3000 €
- ☐ 3000 € bis unter 4000 €
- ☐ 4000 € bis unter 5000 €
- ☐ 5000 € und mehr
- ☐ keine Angabe

22. In der Politik werden oft die Begriffe „rechts“ und „links“ verwendet. Wo stehen Sie persönlich? Wo würden Sie sich einstufen? [SD14]

- ☐ sehr links
- ☐ eher links
- ☐ Mitte
- ☐ sehr rechts
- ☐ eher rechts
- ☐ keine Angabe

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

94% ausgefüllt



23. Wollen Sie uns noch etwas zu diesem Thema mitteilen? [C101]

Weiter

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

Danke für Ihre Teilnahme!

Wir möchten uns ganz herzlich für Ihre Mithilfe bedanken.

Fenster schließen

a0007794@unet.univie.ac.at - a0247379@unet.univie.ac.at

Anhang D: Eckdaten: Österreich, Schweden und Rumänien in der EU

	Österreich	Schweden	Rumänien
Beitrittsjahr ^a	1995	1995	2007
Größe ^a	83 870 km ²	449 964 km ²	237 500 km ²
Einwohnerzahl ^a	8.3 Millionen	9.2 Millionen	21.5 Millionen
1 - Beiträge an die EU (inkl. Zölle, Agrarzölle & Zuckerabgaben) ^b	2 626.9 Millionen Euro	3 243.1 Millionen Euro	1 143.1 Millionen Euro
2 - Beiträge an die EU (exkl. Zölle, Agrarzölle & Zuckerabgaben) ^b	2 460.3 Millionen Euro	2 808.8 Millionen Euro	1 042.2 Millionen Euro
3 - Zahlungen der EU ^b	1 821.6 Millionen Euro	1 646.2 Millionen Euro	2 317.4 Millionen Euro
Differenz zwischen 1 & 3 ^b	- 805.3 Millionen Euro	- 1596.9 Millionen Euro	+ 1174.3 Millionen Euro
Differenz zwischen 2 & 3 ^b	- 638.7 Millionen Euro	- 1162.6 Millionen Euro	+ 1275.2 Millionen Euro

^a Offizielle Homepage der Europäischen Union, 2013; ^b Europäische Kommission, 2010

Anhang E: Erklärung

Ich versichere, dass ich die Diplomarbeit ohne fremde Hilfe und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen angefertigt habe, und dass die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegen hat.

Alle Ausführungen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß übernommen wurden, sind als solche gekennzeichnet.

Wien, am _____

Unterschrift: _____

Anhang F: Lebenslauf

Lebenslauf

Name: Christina Helmel
Adresse: Boschstraße 1-3/ 12/ 12
1190 Wien
E-Mail: christinahelmel@gmail.com
Geburtstag/ -ort: 15.02.1984/ Scheibbs
Staatsangehörigkeit: Österreich

Berufserfahrung:

08/2008 – 01/2013	Betreuerin für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung Lebenshilfe Wien, 1120 Wien
10/2007 – 07/2008	Persönliche Assistentin WAG, 1030 Wien
03/2007 – 09/2007	Europäischer Freiwilligendienst Whitchurch Hospital Cardiff, Wales, UK
11/2005 – 02/2007	Sales Advisor H&M, 1010 Wien
07/2000 – 10/2005	diverse (Ferial-) Praktika Kinderdorf, 3264 Gresten Allwetterbad, 3270 Scheibbs Billa, 1190 Wien

Ausbildung:

seit 2003 Studium Psychologie
 Universität Wien

06/2002 Matura
 BORG Scheibbs

Weiterbildung:

05/2011 Unterstützung bei der Basisversorgung
 Ausbildungsmodul, Schule für Sozialbetreuungsberufe Wien

06/2010 Sterben, Tod und Trauer – Begleitung von Menschen mit
 Behinderung in schweren Lebenslagen
 Seminar, Lebenshilfe Wien

03/2010 Umgang mit psychischen Erkrankungen und
 Behinderungen
 Seminar, Lebenshilfe Wien

10/2009 Sexualpädagogische Begleitung – Eine tagtägliche
 Herausforderung in der Betreuungsarbeit
 Seminar, Lebenshilfe Wien

05/2009 IEP – Individuelle Entwicklungsplanung
 Seminar, Lebenshilfe Wien